Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (20.12.2010)

Sand im Getriebe 87

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: **www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/** Einzelne Artikel: **http://sandimgetriebe.attac.at** Mail: **sig@attac.de**

So *nicht!*



Von London bis Athen, von Lissabon bis Madrid: es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht über massive Aktionen des Widerstandes gegen sozialen Kahlschlag und finanzielle Zumutungen berichten. Die „Bewegung der Bewegungen“ trifft sich im Februar 2011 zum **Weltsozialforum 2011** in **Dakar.** In einem Interview zu diesem Treffen analysiert **Samir Amin** u.a. die schwerwiegenden Folgen der Weltwirtschaftkrise für afrikanische Länder. Er analysiert auch den drohenden „Währungskrieg“ (siehe SiG86). Wenn die USA die Finanzmärkte mit frisch gedruckten Dollarscheinen überschwemmen, so fordert er als Defensivmaßnahme, *„die nationale Kontrolle über die Finanzflüsse wieder her[zu]stellen.“* **Kapitalverkehrskontrollen** wären dazu ein adäquates Mittel, China hat es bewiesen. Würde das dem Neoliberalismus das Genick brechen?

Peter Wahl berichtet aus Seoul vom Treffen der **G20,** dieser neuen Institution in der veränderten globalen Kräftestruktur. Sollten die G20 Treffen ebenso bekämpft werden wie die G8 z.B. in Prag und Genua? Es ist *„sehr vereinfachend, die G20 mit den G8 in einen Topf zu werfen*“. In der Tat, es hat sich durch die Globalisierung vieles verändert: *„Wir [stehen] am Anfang vom Ende der 500-jährigen globalen Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers*.“ Allerdings entwickeln sich auch völlig neue Konfliktlinien von gefährlicher Brisanz. *„In diesem Gremium[G20] ist die Heterogenität der Interessen noch um eine Größenordnung stärker als in der G8“*.

Das betrifft auch die EU. Am Scheitern des Musterschülers der Globalisierung, des „**irischen Tigers**“, werden die katastrophalen Folgen chaotischer Finanzmärkte besonders deutlich. **Werner Rügemer** zeichnet den Weg nach, wie Irland zum *Zauberlehrling* einer verfehlten EU-Politik wurde. Aus **Irland** selbst kommt dazu ein Gegenentwurf zum brutalen Knebelungsprogramm von EU und IWF. **Mick Barry**, Abgeordneter in Cork/Irland, bietet ein alternatives, sozialistisches Programm zur Überwindung der Krise an. Angela Klein und Michel Husson befassen sich mit der „**Euro-Krise**“. Das europäische Attac Netzwerk hat dazu Vorschläge entwickelt.

Mehrere Beiträge befassen sich mit den fatalen Ergebnissen der **Stuttgart 21**-Schlichtung, denn dieses Projekt *„bleibt verkehrspolitisch falsch und ist weit überteuert*“ (Pro Bahn). Die Schlichtung zu „Stuttgart 21“ muss wohl als Niederlage eingeschätzt.(W.Wolf)**.“***Heiner Geißler missbrauchte seine Rolle zu Gunsten der S21-Betreiber“*. Es sieht allerdings so aus, als ob die Stuttgarter Bewegung gegen S21 und für K21 sich nicht einschüchtern lassen und diesen Kampf auch im neuen Jahr fortzusetzen werden. „Wutbürger“ überall!.

Die Ergebnisse der Klimakonferenz in **Cancun** sind enttäuschend, **Bolivien** verdammt die Ergebnisse, da sie ohne Konsens und ohne Berücksichtigung der Forderungen nach Klimagerechtigkeit zustande gekommen sind. So ist z.B. eine öffentliche Finanzierung der globalen Klimaschutzkosten *„über Abgaben – z.B. auf den Schiffs- oder Flugverkehr nicht ins Auge gefasst worden, genauso wenig wie eine solche über globale Steuern*“ . **Attac-Frankreich** sieht daher einen **„***Rückschritt gegenüber den Beschlüssen der Bali-Konferenz“*

Die **Kriege** im Irak und in Afghanistan können als Vorboten neuer kriegerischer Offensiven der absteigenden Supermacht und ihrer Verbündeten gedeutet werden. Schon einmal führte eine große Weltwirtschaftskrise (ab 1929) zur Flucht in kriegerische Abenteuer zu Neuaufteilung der Welt. Schon jetzt beobachten wir einen Aufschwung der Rüstungsexporte und eine weltweite Aufrüstung. **Thomas Wagner** analysiert die neue globale Strategie der **NATO** unter der Überschrift: *„Freie Fahrt für Handelskriege*“. und **Claus Schreer** sieht darin ein **„Kursbuch zur Perfektionierung zukünftiger Kriege“** Der Völkerrechtler **Gregor Schirmer** widerlegt die Legende, dass der nun auch von Frau Merkel als solcher bezeichnete **Afghanistan-KRIEG** mit dem Völkerrecht vereinbar sei. *„Aus einem völkerrechtswidrigen Krieg kann kein völkerrechtsgemäßes Besatzungsregime hervorgehen“*

Tariq Ali wundert sich über die seltsame Entscheidung, den „Friedens“-Nobelpreis als politisches Kampfinstrument an einen chinesischen Dissidenten zu vergeben. Verdient hätte ihn wohl eher der israelische „Whistleblower“ **Mordechai Vanunu**, der ins Gefängnis musste, weil er die Welt über das israelische Atomprogramm informiert hatte; dafür hat er den alternativen Friedensnobelpreis erhalten.
Europäische Hilfsorganisationen, EU und UN-Organisationen beklagen, dass die Lage in **Gaza** sich immer noch kaum verbessert hat.. Die **Deutsche Bahn** wird aufgefordert, ihre Beteiligung an einem israelischen Bahnprojekt, das auch durch die besetzten palästinensischen Gebiete führt, aufzugeben. Der Israelische Historiker **Ilan Pappe** sieht auf israelischer Seite keinen ernsthaften Friedenswillen *„Das gesamte Wesen des Staates muss transformiert werden, wenn man vorankommen will. Wenn man es nicht tut, wird der Konflikt endlos weitergehen“* Mit jetzt Brasilien und Argentinien und bald auch Bolivien haben inzwischen 126 Staaten Palästina als Staat anerkannt

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Interview mit **Sami Amin** zu den Auswirkungen der Krise in Afrika und zum Weltsozialforum 2011 in Dakar

Die nationale Kontrolle über die Finanzflüsse wiederherstellen

„Alle sagen, der Yuan sei unterbewertet. Nun, das ist nicht das eigentliche Problem. Das wirkliche Problem ist das Ungleichgewicht zwischen der Macht der USA – d. h. des US Dollars – und der Nicht-Macht der anderen sogenannten Partner (und deshalb eigentlich Nicht-Partner) in dem integralen globalen Geld- und Finanzsystem und Markt, wie es gegenwärtig besteht. Die wirkliche Frage ist ***dieses*** *Ungleichgewicht."*

Frage: Firoze Manji (Pambazuka News)
Es gab viel Publizität über den so genannten „Währungskrieg" bei den Diskussionen auf dem jüngsten G20-Treffen. Können Sie erklären, was mit Währungskrieg gemeint ist?

Diese Diskussion, diese Rhetorik über den Währungskrieg ist sehr oberflächlich und sogar irreführend. Wie jedermann weiß, wurde gesagt, dass der chinesische Yuan unterbewertet sei, und dass dies schlecht für das globale Gleichgewicht sei. Es ist, als ob China hauptsächlich und ausschließlich für alles, was schlecht am System ist, die Verantwortung trägt.
Alle sagen, der Yuan sei unterbewertet. Nun, das ist nicht das eigentliche Problem. Das wirkliche Problem ist das Ungleichgewicht zwischen der Macht der USA – d. h. des US Dollars – und der Nicht-Macht der anderen so genannten Partner (und deshalb eigentlich Nicht-Partner) in dem integralen globalen Geld- und Finanzsystem und Markt, wie es gegenwärtig besteht.

Die wirkliche Frage ist **dieses** Ungleichgewicht. Das ist offenbar, wenn man das US-Establishment sprechen hört. Sie sagen und wiederholen es mit Arroganz: der Dollar ist unser Geld und euer Problem. Das heißt, die USA haben die Instrumente zur Handhabung ihrer Währung für ihre Bedürfnisse und Ziele in eigenen Händen, im Guten wie im Schlechten. Und das ist es, was die US Federal Reserve tut, die die zentrale Bank ist – beherrscht vom Finanzministerium. Die US Federal Reserve hat die Instrumente in der Hand, ihre Geldpolitik zu betreiben, wie sie es für richtig hält, ohne Rücksicht auf irgendjemanden sonst.

Die Federal Reserve legt also die Zinsrate fest; das tut nicht das Bankensystem. Ob sie die Rate hoch oder niedrig setzt, um ihren Zielen zu dienen, ob dies effektiv ist oder nicht, sie haben das Recht dazu, und an diesem Recht halten sie fest. Und sie halten auch an dem Recht der Federal Reserve fest, Staatsanleihen zu kaufen, das heißt, um etwa ein Budgetdefizit der USA zu decken, das durch Inflation, durch Gelddrucken entstanden ist.

Dies sind die normalen Rechte eines souveränen Staates, und an diesem Recht hält er fest. Was immer sie frei und unabhängig entscheiden, hat natürlich Auswirkungen auf die Partner. Die können, in vielen Fällen, schädlich sein. Aber das kümmert sie nicht. Sie sagen: das ist schließlich unser Geld. Wenn ihr damit Schwierigkeiten habt, dann ist das euer Problem und ihr müsst mit euren Problemen fertig werden.

Wenn dieses Prinzip für die USA gültig ist, dann muss es auch für alle anderen Länder gelten. Das ist ein einfaches und grundlegendes Prinzip internationalen Rechts, was der Souveränität der Staaten entspricht. Das heißt, wenn die USA diese Rechte für sich selbst wahrnehmen, dann gilt dasselbe auch für die anderen Länder. Und das ist genau das, was China tut. China benimmt sich genauso wie die USA, es hält an den Werkzeugen zur Handhabung seiner Geldpolitik entsprechend seinen eigenen Bedürfnissen und Zielen fest. Es ist die Zentralbank von China, die die Zinsrate in China festlegt und die auch entscheidet – was gesetzlich erlaubt ist – ob chinesische Staatsanleihen gekauft werden, um ein durch Inflation mögliches Defizit des chinesischen Staatsbudgets zu decken.
Es gibt dort gegenwärtig kein Defizit, aber der Punkt ist, dass China dieses Recht hat. China tut nichts anderes als die USA. Exakt dasselbe. Es hat alle seine souveränen Rechte behalten, so wie die USA alle ihre souveränen Rechte behalten haben.
Die Chinesen wären also absolut im Recht, wenn sie den Amerikanern sagten: Wenn der Dollar eure Währung ist und euer Problem, dann ist auch der Yuan unsere Währung und unser Problem! Ihr (die USA) müsst euer Problem lösen, statt uns die Schuld zu geben.

Außerdem sind die Probleme der USA nicht das Ergebnis von Chinas Handeln, sondern sind das Ergebnis des Versagens der USA auf vielen Gebieten, angefangen bei der Führung der Unternehmen bis hin zum Erziehungssystem, der Forschung und Entwicklung, des Finanz-Managements etc. Deshalb gibt es keinen Grund, weshalb China die Diktate Washingtons akzeptieren sollte. Und das tut es ja auch nicht. Aber die Propaganda mahlt unaufhörlich weiter – es ist China, es ist China, es ist China.

Was merkwürdig ist an dem gegenwärtigen Zustand der Angelegenheit ist, dass unglücklicherweise kein anderes Land als China an diesen Rechten festhält. Kein anderer größerer Partner der G20 hat voll und ganz diese Rechte beibehalten, obwohl manche der aufsteigenden Länder wie Indien und Brasilien etwas in dieser Richtung getan haben. Aber im Allgemeinen haben sich alle dem Diktat der USA gebeugt.

„Euroland" hat tatsächlich sich selbst durch die Maastrichter und Lissabonner Abkommen kastriert.

Es hat für sich selbst sonderbare Regeln für das Verhalten seiner so genannten europäischen Zentralbank angenommen – die eigentlich keine Zentralbank ist (da es keinen europäischen Staat gibt, der die Verantwortung für ihr Funktionieren hat). Ihr ist es nicht erlaubt, den Staaten Darlehen zu geben, während die US Federal Reserve und das Finanzministerium wirklich die Freiheit haben, dem Staat Geld zu leihen, so wie es der chinesischen Zentralbank auch erlaubt ist, dem Staat Geld zu leihen.
Der Grund für diese unglaubliche Haltung ist ebenfalls, dass es keinen europäischen Staat gibt, und dass die Union den europäischen Nationalstaaten nicht traut. Die Entscheidung, nicht an Staaten zu leihen, kommt von dem seltsamen Glauben, dass es die ausschließliche Rolle der Zentralbank sei, auf jede Weise zu verhindern, dass nur die geringste Inflation entstehe! Die Regel 'keine Inflation' ist zu einem absoluten Prinzip gemacht worden – was absolut unsinnig ist.

Wenn die Regeln dumm, idiotisch sind, dann ist das der Fehler der Europäer.

Auch Prodi, der ehemalige Vorsitzende der Europäischen Union, sagte, dass es idiotisch sei. Und das ist es auch. Gleicherweise entscheidet die europäische Zentralbank auch nicht über den Zinsfuß. Sie überlässt dies dem so genannten Markt. Im Endeffekt bedeutet das, dass man es den großen Banken überlässt, und das sind die europäischen, amerikanischen und sogar die japanischen Banken, die in Europa operieren. Auf diese Weise hat die Zentralbank sich selbst kastriert. Die Europäer können daher auch nicht den Chinesen sagen, dass es deren Fehler sei. Es waren nicht die Chinesen, die die Regeln für die europäische Zentralbank gemacht haben. Wenn die Regeln dumm, idiotisch sind, dann ist das der Fehler der Europäer.

Was die anderen Partner angeht, also **England** und **Japan**, so haben sie akzeptiert und tun es auch weiterhin, sich hinter die USA zu stellen und es den USA zu überlassen, das globale, integrierte monetäre und finanzielle System zu managen. Dies ist also auch ihr Problem: Wenn sie entschieden haben, den Diktaten der USA zu folgen, warum sollten sie sich dann beklagen, dass China es nicht tut! Die Europäer und die Japaner haben das Recht, ihre eigene Währung zu handhaben genau wie die USA und China. Aber sie haben eine politische Entscheidung getroffen, sich den USA anzupassen. Deshalb sind die Konsequenzen dieser ihrer Wahl nicht die Verantwortung Chinas.

Das zentrale Problem

Das Problem ist das globale integrierte monetäre und finanzielle System, das nun mal vom Dollar beherrscht wird, der das ausschließliche Vorrecht des US Finanzministeriums und der Federal Reserve ist, des US Staates. Das ist unannehmbar. **Das** ist das Problem. Das Problem ist nicht der Wechselkurs des Yuan oder der Rupiah oder irgendeiner anderen Währung.

Welches sind die Gefahren der gegenwärtigen Kapitalströme für ***Afrika?***

Die Gefahren sind enorm. Was wir sehen, das ist die Plünderung unserer Ressourcen, was wir bereits bei der Finanzkrise Asiens 1997-98 sahen und wir jetzt in der gegenwärtigen Finanzkrise sehen.

Unsere Antwort auf diese Herausforderung sollte effektiv sein, und zu diesem Zweck müssen wir die nationale Kontrolle über die Finanzflüsse wiederherstellen, so wie es die Chinesen tun – sie kontrollieren die Finanzflüsse nach China.

Also, abhängig davon, was wir für wichtig für unsere Bedürfnisse halten, könnten wir fremde Direktinvestitionen akzeptieren (vielleicht mit Vorbehalten und Bedingungen, die zu entscheiden bei jedem einzelnen Land liegen) – aber wir müssen spekulative Finanzflüsse zurückweisen. Es gibt keinen Grund, warum wir in Senegal, in Indonesien, in Kenia akzeptieren sollten, dass es ausländischen Banken erlaubt wird, Geld hereinzuschleusen, eine Finanzblase zu finanzieren, unsere Ressourcen zu plündern und dann abzuhauen. **Wir sollten die Wechselkurskontrolle der Kapitalflüsse wiederherstellen**. Das ist die einzige Antwort auf die Herausforderung.

Viele Leute sagen, dass Chávez in Venezuela in der Lage war, gewisse Reformen auszuhandeln und voranzutreiben, weil er eine strategische natürliche Ressource hat – nämlich das Erdöl. Aber in Afrika haben wir auch riesige natürliche Ressourcen. Weshalb also sind wir nicht fähig gewesen zu tun, was Venezuela getan hat?

Der Unterschied ist im Wesentlichen politisch. Die progressiven Kräfte in Lateinamerika sind fähig gewesen zu wachsen, und sie sind sehr stark geworden. Sie haben Programme entwickelt, die im Wesentlichen nationalistisch sind – und ich meine das im positiven Sinne – mit progressiven sozialen Inhalten. Dies hat zu politischen Veränderungen verschiedenster Art geführt. Diese politische Veränderung hat günstige Bedingungen geschaffen für ein anderes Managementmuster ihrer natürlichen Ressourcen wie etwa dem Erdöl.

Das Problem in Afrika ist, dass der Kampf der Völker für sozialen Fortschritt in Verbindung mit der Stärkung der nationalen Unabhängigkeit, was das Programm der Bewegungen für nationale Befreiung gewesen ist, unterbrochen wurde und unsere herrschenden Klassen sich in **Kompradoren** verwandelt haben. Diese herrschenden Klassen profitieren von dem System, wie es ist, während die sozialen Bewegungen zersplittert sind und durch die Bank in der Defensive stehen. Sie haben demokratische und legitime Forderungen, aber sie müssen in ihre Programme die nationale Politik integrieren, politische Alternativen, die auch die Notwendigkeit der Kontrolle der Kapitalflüsse umfassen.

Auf dem bevorstehenden **World Social Forum in Dakar** im Februar 2011, dem Welt Forum für Alternativen werden wir aktiv damit beschäftigt sein, mit sozialen Bewegungen Kontakt zu knüpfen mit dem Ziel, dass sie in ihren Programmen politische Ziele aufstellen. In diesem Rahmen werden die Fragen in Bezug auf die Handhabung der Makropolitik, das Management der nationalen und regionalen Finanzsysteme auf den Tisch kommen. Wir werden auch das Problem des Militärs und andere damit offensichtlich verbundene Fragen aufgreifen.

Quelle: Pambazuka News, mrzine.monthlyreview.org/2010/amin261110.html
Erscheinungsdatum des Originalartikels: 25/11/2010
Übersetzt von Einar Schlereth
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=2742

Attac Frankreich zum Weltsozialforum in Dakar

http://fsm2011.org/en/frontpage

In Zusammenarbeit mit den anderen Attac-Verbänden und anderen Organisationen/Netzen wird sich Attac Frankreich auf 4 Themen konzentrieren:
- internationale Mobilisierung anlässlich der **G8- und G20**-Treffen in Frankreich im Jahre 2011; internationale Institutionen;
- forcierter Abbau von Rohstoffen; Klimaveränderung – mit der Vorbereitung der nächsten Konferenz in Johannesburg im Dezember 2011 – und überhaupt **ökologische Frage**
- **Ernährungssouveränität**
- **Wasser**

Darüber hinaus wird Attac Frankreich an weiteren Aktivitäten teilnehmen: Migration, Auswirkungen der Freihandelsabkommen u.a.m..
Die afrikanischen Attac-Verbände werden im Rahmen des „afrikanischen Tags“ (7.Februar) einen Workshop „50 Jahre Neokolonialismus, 30 Jahre Neoliberalismus“ organisieren.
http://www.france.attac.org/spip.php?article11978

Dakar erweitert:

http://www.weltsozialforum.org/fix/files/newsdb/Informationen%20zu%20_WSF%202011%20-%20Erweitert_.2.pdf

Aufruf zur Mobilisierung zum G8 und G20 in Frankreich 2011: http://altermob.org/spip.php?article2

Peter Wahl

Der Aufstieg einer überschätzten Institution

Potential und Grenzen der G20

Die Finanzkrise hat ein Gremium an die Spitze der internationalen Politik gespült, das - als Reaktion auf die Asienkrise – schon seit 1999 existiert, aber als Dialogforum von Finanzministern und Zentralbankern eher ein Schattendasein spielte. Dialogforum – das ist Diplomatensprech und bedeutet in Klartext, der Westen wollte den „Partnern" aus den Schwellenländern die eigene Position beibiegen.

Mit dem Finanzcrash wurden die G20 dann aber noch unter Bush zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs aufgewertet, und in Pittsburgh 2009 riefen die G20 sich selbst zum „premier forum" internationaler Wirtschaftskooperation aus. Die Hoffnungen waren groß, dass die Krise ernsthafte Reformen erzwingen würde. Manche dachten - andere befürchteten - wir hätten jetzt eine Art Weltwirtschaftsregierung, die substantielle Reformen in Gang setzen würde.

Neue Kräfteverhältnisse in der Welt

Viele Linke waren von Anfang kritisch. Ihr Hauptargument ist, die G20 seien nicht demokratisch legitimiert. Richtig daran ist, dass die Auswahl der Mitglieder von oben, von den G7 und hier im Wesentlichen den USA vorgenommen wurde. Auch bedeutet Gruppe der Zwanzig, dass ca. 170 Länder nicht dabei sind, darunter kleinere Industrieländer und die Entwicklungsländer. Und richtig ist auch, dass die Marginalisierung der UNO damit weiter befördert wird.

Allerdings geht diese Kritik auch an die Adresse der Schwellenländer in der G20, die das Ganze offenbar gerne mitmachen. Einige scheint der Stolz darüber, jetzt zum Club der Großen und Mächtigen zu gehören, so überwältigt zu haben, dass die Solidarität mit den Nicht-Mitgliedern und der UNO in Vergessenheit geraten ist.

Andererseits ist der Aufstieg der G20 Ausdruck einer Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse von historischen Dimensionen. Die unipolare Vorherrschaft der USA, die nach dem Kalten Krieg die Weltpolitik bestimmte, war eine sehr kurze Epoche. Wir befinden uns im Übergang zu einem multipolaren internationalen System. Mehr noch: der Aufstieg Chinas zur Supermacht, die Großmachtrolle, die Indien und Brasilien zu spielen beginnen, verweist darauf, dass wir am Anfang vom Ende der 500-jährigen globalen Dominanz Europas und seines nordamerikanischen Ablegers stehen. Die Finanzkrise hat wie ein Katalysator diesen Prozess beschleunigt. Das heißt nicht, dass jetzt über Nacht alles anders wird. Die USA sind bei den machtpolitisch wichtigsten Indikatoren – Militär, Wirtschaft, politischer und kultureller Einfluss - noch immer die Nummer 1.

Wenn man die G20 in diesen Kontext einordnet, dann ist sie auch ein Zeichen positiver Veränderung. Zumal sie im Vergleich zur G8 deutlich repräsentativer ist. Etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung sind vertreten.[1] Bei der G8 waren es 13%. Mit Indien ist auch das Land mit der weltweit größten Armutsbevölkerung vertreten. Womit nicht behauptet werden soll, dass deren Interessen durch ihre Regierung automatisch vertreten würden. Und da es primär um Ökonomie geht, ist die Tatsache dass die G20 für 88% des globalen BIP und 80% des Welthandels steht zwar nicht per se etwas Demokratisches, aber doch auch eine nicht zu vernachlässigende Größe bei der Bewertung dieser Institution. Nicht uninteressant ist auch, dass mit Indonesien das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung dabei ist.

All das entspricht zwar nicht den demokratischen Standards, wie sie wünschenswert wären, aber es ist auch sehr vereinfachend, die G20 mit den G8 in einen Topf zu werfen. Wer gegen die G20 in gleicher Weise protestiert wie gegen die G20, sollte auch erklären, was er China, Indien, Brasilien Südafrika, Argentinien etc. vorwirft.

Dass da neue und überraschende Fronten entstehen können, liegt auf der Hand. Ein kleiner Vorgeschmack: beim G20-Gipfel in Toronto setzten sich Frankreich und Deutschland für eine alte Forderung der Linken ein, die Finanztransaktionssteuer. Attac trägt die Steuer sogar im Namen. Indien hat sich öffentlich dagegen ausgesprochen und weder das vom ANC-regierten Südafrika noch von Lulas Brasilien wurde eine andere Position vertreten.

Fortsetzung des Kampfes um Hegemonie mit anderen Mitteln

Das ist kein Zufall. Die Schwellenländer befürchten Wettbewerbsnachteile für ihre Finanzplätze und ihre jeweiligen Finanzindustrie. Als aufsteigende Mächte sind sie sogar in ganz besonderem Maße darauf bedacht, alles abzuwehren, was als Versuch wahrgenommen werden könnte, ihrem Aufstieg Steine in den Weg zu legen.

Insofern hat die Umbruchsituation mit auf der einen Seite aufstrebenden Mächte, dort Etablierte, die ihre Position bedroht sehen, eine besondere Brisanz. Sie erinnert an das europäische 19. Jahrhundert, als das damals bestehende Gleichgewicht durch den Aufsteiger Preussen und ab 1871 Deutschland höchst instabil wurde, um schließlich im Ersten Weltkrieg zu enden.

Der jüngste Gipfel der G20 in Seoul scheint dieser Befürchtung Nahrung zu geben. Weit entfernt davon, multilaterale Lösungen für die tiefer liegenden Problem der Weltwirtschaft zu finden, konnte der Gipfel nur die Unvereinbarkeit der Interessen feststellen. Die Widerspruchslinien verliefen auch hier keineswegs zwischen Etablierten und Aufsteigern. In der Frage der sog. globalen Ungleichgewichte, d.h. dem Leistungsbilanzdefizit der USA und den entsprechenden Überschüssen bei anderen fanden sich China und Deutschland in einem Lager, während die USA auf der anderen Seite standen. Bei diesem Problem geht es nicht nur um ökonomische Ungleichgewichte, sondern auch um politische Machtfragen, nicht zuletzt um die Stellung des US-Dollars als Leitwährung der Weltwirtschaft.

Es zeigt sich, dass dann, wenn es um vitale Interessen mächtiger Akteure geht, die nationalen Interessen so stark sind, dass multilaterale Global Governance schnell an ihre Grenzen stößt. Gipfelkonferenzen werden dann zur Arena für die Fortsetzung des globalen Machtkampfes mit anderen Mitteln. Globalisierung hin, Globalisierung her, der Nationalstaat (d.h. der große und einflussreiche) erweist sich nach wie vor als der entscheidende Referenzrahmen fürs Politikmachen. Das ist keine Sympathieerklärung für Patriotismus, Nationalismus und die mit ihm verwandten kollektiven Identitäten, sondern eine ernüchternde Feststellung.

Wer etwa die sino-zentristische Weltsicht der chinesischen Führung zur Kenntnis nimmt, die dem *America first* in nichts nachsteht, wird die Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der G20 dementsprechend herunterschrauben müssen. In diesem Gremium ist die Heterogenität der Interessen noch um eine Größenordnung stärker als in der G8. Die Problemlösungsfähigkeit verhält sich umgeehrt proportional dazu.

Von daher sind weder die großen Hoffnungen, die in die G20 gesetzt werden, noch die Befürchtungen, dass das Gremium dem Rest der Welt seinen Willen diktieren könnte, realistisch.

Die Kräfteverhältnisse in der Weltpolitik werden auch in Zukunft letztlich von den machtpolitischen Entwicklungen der großen Spieler untereinander bestimmt werden. Die G20 als Forum wird diese Verhältnisse widerspiegeln, nicht aber verändern können.

Emanzipatorische Strategien müssen sich dabei auf die Konfiguration im internationalen System einstellen. Einfacher werden die Dinge dadurch freilich nicht.

---

[1] Zumindest solange man nicht Frage der demokratischen Legitimation der G20 Regierungen gegenüber ihrer jeweiligen Bevölkerungen aufwirft. Aber das gilt für alle multilateralen Institutionen, einschließlich der UNO.

Pierre Morel

CADTM: 20 Jahre Kampf

für die Streichung der Schulden der Dritten Welt

24. November
Das Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM, Comitée pour l'Annulation de la dette du tiers-monde) ist seit seiner Gründung in Lüttich zu einer einflußreichen internationalen Organisation herangewachsen. Es hat zur Entschuldung der Länder der Dritten Welt beigetragen und bestimmte Regierungen des Südens beraten. Die Schuldenkrise, die jetzt auch den Norden erreicht hat, ist ein Beweis für die Relevanz der Frage.
Lüttich ist in dieser Woche Tagungsort der alle zwei Jahre stattfindenden Weltversammlung des CADTM. Über dieses wie gesagt anerkannte, viel beachtete und international tätige Netzwerk ist allerdings nur soviel bekannt, dass sein Sitz noch immer in Lüttich ist, wo es sein Vorsitzender Eric Toussaint vor 20 Jahren ins Leben gerufen hat.

Wie ist das CADTM entstanden?
Während der 80er Jahre waren die Länder der Dritten Welt hinsichtlich ihrer Rückzahlungsverpflichtungen einer massiven Krise ausgesetzt, die zu dem so genannten Konsens von Washington geführt hat, das heißt, einer Reihe aggressiver Maßnahmen, die unter der Ägide des IWF (Internationalen Währungsfonds) und der Weltbank durchgesetzt wurden: Privatisierungen, Öffnung der Märkte, Abbau der öffentlichen Ausgaben. Als logische Folge dieser Maßnahmen haben sich die Lebensbedingungen in diesen Ländern verschlechtert. Wie der Name sagt, ist das CADTM mit dem Ziel gegründet worden, die Haushalte der Länder der Dritten Welt von dieser riesigen Last zu befreien und ihnen den Weg zur Verwirklichung ehrgeiziger politischer Programme zum Wohl ihrer Bevölkerung zu ebnen. Denn die Rückzahlungsverpflichtungen verschlangen damals zwischen 30 und 40 % eines Staatshaushalts, die Ausgaben für Bildung und Gesundheit nicht einmal zwischen 6 und 10 %!

Worin bestehen schlußendlich diese Schulden? Woher kommen sie? Wer hat sie verursacht?
In der Zeit des Kalten Kriegs Diktaturen wurden riesige Darlehen gewährt, so dass in den 60er und 70er Jahren die Schulden jedes Maß überschritten. Ein guter Teil dieser Darlehen sind außerdem von den Diktatoren für ihre persönliche Bereicherung unterschlagen worden. So wird beispielsweise die von Mobutu unterschlagene Summe auf 10 bis 15 % des Zaire gewährten Kredits von mehreren Milliarden Dollars geschätzt. Im Rahmen des Völkerrechts hat sich dafür der Begriff „Diktatorenschuld" eingebürgert. Was die Gläubiger angeht, so handelt es sich entweder um Privatbanken oder um „transnationale" Banken wie den IWF oder die Weltbank, oder auch um Staaten im Rahmen bilateraler Beziehungen. Die privaten Schulden sind immer mehr in „Finanzinstrumente" umgewandelt worden, d.h. in auf dem Finanzmarkt handelsfähige Wertpapiere, also in die Art von Finanzprodukten, die die "Subprime"-Krise hervorgerufen haben.



Was hat ihre Öffentlichkeitsarbeit in den letzten zwanzig Jahren bewirkt?
Von der breiten Öffentlichkeit ist unsere Kritik an der Politik des IWF oder der Gläubigerstaaten, die sich als Neokolonialen Staaten verhalten, ganz klar begrüßt worden, sowohl bei uns aber auch besonders in den Schuldnerstaaten selbst. Unsere Botschaft wurde weit verbreitet und es hat ja ziemlich viele multi- oder bilaterale Schuldenstreichungen gegeben. Beispielsweise hat die Demokratische Republik Kongo soeben erlebt, wie ihre Schulden von fast 13 Milliarden um die Hälfte verringert worden sind. Interessanterweise war das auslösende Ereignis auf dieser Ebene die Invasion des Irak im Jahr 2003. Nach der Invasion haben die USA gesagt, bei den Saddam Hussein gewährten Krediten handle es sich um eine „Diktatorenschuld", die dann zu 80 % erlassen wurde! Der Durchbruch war da.

Aber der Privatsektor dürfte für solche Argumente nicht gerade ein offenes Ohr haben?
Nein, aber man kann ihn in die Pflicht nehmen. Als Rafael Correa nach einer Diktatur in Ecuador an die Macht kam, hat er einen Schuldenaudit vorgenommen, an der wir mitgearbeitet haben. Die Arbeit an der Überprüfung hunderter Kreditverträge hat gezeigt, dass 3,2 der 15 Milliarden Dollar Darlehen des Landes illegal waren, da korrupte Funktionäre Verträge unterzeichnet hatten, die das Land auf schändliche Weise benachteiligten. Correa hat dann beschlossen, die Rückzahlungen sofort zu stoppen, und wenige Monate später willigten die Gläubigerbanken in ein Geschäft ein: Ecuador kauft all diese Wertpapiere zu 35 % ihres Wertes zurück. Wir führen ähnliche Revisionen und Beratungsarbeiten insbesondere in Lateinamerika mit immer mehr Staaten durch, in denen fortschrittliche Regierungen die Nachfolge von Diktaturen angetreten haben.

Warum beschließt ein Doktor der Politikwissenschaften eines schönen Tages, einen solchen Kampf aufzunehmen?
Der eigentliche Witz daran ist, dass der Kampf durch den… Zustand des Haushalts von Lüttich in den 80er Jahren zustande kam. Ich war Lehrer bei der Stadt, als sie am Rand der Zahlungsunfähigkeit stand. Ich habe am eigenen Leib den Abbau der öffentlichen Gelder, des Personals und die Privatisierungen miterlebt. Ich habe auf lokaler Ebene gesehen, welche Auswirkung eine Verschuldung haben kann, die 35 % ihres Budgets auffrißt, und ich bin von der lokalen zur internationalen Ebene übergegangen, vom Norden in den Süden. Es ist übrigens interessant zu sehen, wie diese Frage der Verschuldung des Staatshaushalts heute wie ein Bumerang auf die Länder des Nordens zurückschlägt: Irland oder in Griechenland, wo das CADTM soeben eine Geschäftsstelle aufgemacht hat, erleben inzwischen das, was die Länder der Dritten Welt durchmachen!

http://www.cadtm.org/De-la-dette-liegeoise-au-tiers
Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad, Korrekturen von Bruno Nieser

Aufzeichnungen über die Tagung "20 Jahre CADTM" : http://www.cadtm.org/Les-20-ans-du-CADTM



Angela Klein

Herbst in Europa

Der große Brand ist ausgeblieben

Die Wut ist überall, mal stiller, mal lauter. Wie eine Kugel irrlichternder Funken rast sie durchs europäische Unterholz, legt hier und dort Brände, wie in Frankreich oder zuletzt die Studierenden in England. Die Ablehnung der Sparorgien, die den Kontinent verwüsten, ist einhellig. Doch die Funken springen nicht über. Warum?

Es liegt in diesem Protest eine Hilflosigkeit. Zum Teil ist sie der Tatsache geschuldet, dass längst nicht alle, die die Sparpakete ablehnen, auch die Bankenrettungspakete ablehnen. Die sozialdemokratischen Parteien und die von ihnen beeinflussten Gewerkschaften jedenfalls haben etwas an den Modalitäten auszusetzen, nicht an der Tatsache der Bankenrettung an sich.

Ein Teil der Hilflosigkeit liegt auch darin begründet, dass der Adressat der Proteste nicht mehr allein die nationalen Regierungen sein können, sondern der Verbund der Regierungen der Eurozone und die Institutionen der EU. Denn die unmittelbare Krisenlösung – Geld in den Markt pumpen, um eine Kettenreaktion von Banken- und Firmenzusammenbrüchen zu verhindern –, konnte nur auf europäischer Ebene vereinbart werden.

Hatten die Griechen oder die Iren eine andere Wahl, als das Paket anzunehmen? Was wäre passiert, wenn sie das vergiftete Geschenk abgelehnt und sich geweigert hätten, die Staatsschulden zu bedienen? Nun, dann säßen ihnen jetzt die deutschen oder britischen Gläubiger im Nacken. Sie würden alle Zwangsinstrumente mobilisieren, die der gemeinsame institutionelle Rahmen der EU hergibt: nicht nur den Stabilitätspakt und die Gnade der Kreditgewährung durch einen Rettungsfonds der Mitgliedstaaten oder die EZB, auch den Verlust der Stimmrechte; wirtschaftliche Sanktionen, bis hin zur Verweigerung weiterer Kredite; und Kapitalflucht natürlich – gegen die in einem gemeinsamen Währungsraum kein Kraut gewachsen ist.

Wenn es aber so ist, dass Staaten durch die Schuldenkrise ihre Souveränität und politische Handlungsfähigkeit verlieren, ist es dann nicht besser, sie treten aus der Eurozone aus?
Solche Stimmen werden lauter, und es scheinen eher die sog. Kernländer, Deutschland und Frankreich zu sein, wo sie sich entwickeln.

In Deutschland bereiten Kampagnen wie die von Bild – «Wir zahlen nicht für die Griechen» – den Boden vor für eine andere Kampagne, die noch untergründig schwelt, aber um so plausibler werden wird, je mehr die bisherige Strategie der Krisenlösung an ihre Grenzen stößt: «Raus aus dem Euro! Wir wollen nicht mehr die Zahlmeister Europas sein!»

In Frankreich ist die Abspaltung von Attac, die um Jacques Nikonoff eine eigene politische Organisation gegründet hat (Mouvement politique d'éducation populaire), mit einem «Appell der 1000» an die Öffentlichkeit getreten, der im Namen der Souveränität dasselbe fordert. Noch sind das Minderheiten, und da das Finanzkapital an einer Preisgabe des Euro kein Interesse hat, ist die Gefahr, dass eine populistische Rechte sich dieses Schlachtrufs mit großem Erfolg bemächtigen kann, begrenzt – sofern der Euro nicht zerfällt, was allerdings nicht auszuschließen ist.

Doch die Losung stiftet auf der Linken Verwirrung. Sie argumentiert national, sucht Verbündete im «nationalen» (auf den Binnenmarkt orientierten) Kapital und blendet den Klassencharakter der Auseinandersetzung um die Krisenursachen und ihre Bekämpfung aus. Sie bemächtigt sich des Arguments der Demokratie und behauptet: Im Nationalstaat kann man Demokratie haben, in einem supranationalen Verbund nicht.

Daran ist nur richtig, dass die EU, so wie sie heute verfasst ist, ausschließlich ein Instrument der Banken und Konzerne ist und mit zunehmender Verschärfung der Krise die Tendenz wächst, die Rechte der nationalen Parlamente zugunsten einer Despotie des Verbunds der nationalen Exekutiven auszuhebeln. Das Argument übersieht aber, dass auch die nationalen Parlamente längst in die Fänge der Lobbyorganisationen der Wirtschaft geraten sind, die in den vergangenen Jahren stets dafür gesorgt haben, dass eben diese nationalen Parlamente der Beschneidung ihrer Rechte durch das Konstrukt EU jeweils mit großer Mehrheit zugestimmt haben (zuletzt bei der Annahme des Lissabon-Vertrags).

Die Parole «Raus aus der EU» behauptet, der Nationalstaat sei an sich die demokratischere Einrichtung. Die europäische Geschichte des 20.Jahrhunderts widerlegt das. In Europa hat sich der Nationalstaat überlebt: Für das Bürgertum ist er kein ausreichender Rahmen mehr, und das Proletariat hatte eh nie ein Vaterland. Was Demokratie und Volkssouveränität sein kann, muss neu dekliniert werden – und das auf allen Ebenen, angefangen bei der kommunalen bis hin zur europäischen. Und zwar in einer Weise, dass der soziale Zusammenhang und die demokratischen Rechte auf allen Ebenen gestärkt, und nicht nationale Ressentiments gegeneinander aufgebaut werden.

Nun wird jede Politik, die versucht, das Kreditwesen dem privaten Gewinnstreben wieder zu entziehen und in öffentliches Eigentum zu überführen, von «den Märkten» und den EU-Institutionen mit den oben genannten Zwangsinstrumenten traktiert werden – niemand kann davon ausgehen, dass es in allen Länder Europas gleichzeitig einen Aufstand gibt.

Die Orientierung «Raus aus der EU» führt jedoch in die Isolation. Soziale Proteste und Kampagnen wie die um die Rente, die öffentliche Daseinsvorsorge oder auch die Ablehnung illegitimer Schuldendienste hingegen lassen sich europaweit vernetzen. Soziale Bewegungen müssen europäische Handlungsfähigkeit gewinnen; auf einer solchen Basis lassen sich auch soziale und demokratische Alternativen zur bestehenden EU entwickeln.

http://www.sozonline.de/2010/12/herbst-in-europa/#more-1814

Michel Husson
Entwurf einer Euro-Strategie

Die wahnsinnige Politik der europäischen Regierungen führt direkt zum Crash. Sie behaupten, dass es keine Alternative gäbe. Vollkommen falsch. Es gibt umgekehrt eine Fülle von Vorschlägen (1).

Das Kapital besteuern, z.B., wäre eine lebensfähige wirtschaftliche Maßnahme: Die Dividenden könnten reduziert werden, ohne auf die Investitionen zu drücken oder noch die heilige Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Das Hindernis ist zuerst ein Politisches: die dünne Schicht, die von diesem warmen Geldregen profitiert, hat selbstverständlich überhaupt keine Lust, ihre Privilegien in Frage stellen zu lassen.

Dann kommt das Argument mit der Gefahr einer Kapitalflucht – oder sogar der Gehirne – zu günstigeren Gefilden. Dieser Einwand hat sicher nichts zu tun mit einem wirtschaftlichen Gesetz, aber es wäre naiv, nicht in Betracht zu ziehen, dass ein Versuch einer sozialen Transformation sich Vergeltungsmaßnahmen aussetzen könnte, ja sogar einer regelrechten Sabotage.

Es wäre zumindest möglich, auf europäischer Ebene die Kapitalflucht zu neutralisieren, indem auf dieser Ebene eine gleiche Besteuerung des Kapitals vorgenommen wird. Da trifft man aber auf einen andere Form des Skeptizismus: Wenn man darauf wartet, dass ein „gutes“ Europa entsteht, um eine „gute“ Politik zu führen, kann man lange warten. Jegliches Vorhaben der Neugründung der europäischen Konstruktion kann dann wie ein utopischer Traum erscheinen, der nicht realisiert werden kann, was zur Resignation führen könnte und damit zur Aufgabe jeglichen alternativen Projekts.

Unter solchen Umständen ist die Versuchung riesig, Abkürzungen zu suchen: Raus aus Europa, Raus aus dem Euro. Dabei ist das Risiko groß, dass eine legitime Bestrebung (sich die Mittel für die Umsetzung von Alternativen schaffen) instrumentalisiert wird oder auf eine sehr wenig fortschrittliche Art und Weise umgeleitet wird. Wesentlich ist es hier, die Ziele der sozialen Transformation von den Mitteln, diese zu bewahren bzw. zu schützen, zu unterscheiden. Und man muss sagen, was man schützt: die Autonomie des nationalen Kapitals oder die soziale Transformation?

Es wäre in der Tat absurd, auf einem gleichzeitigen und koordinierten Bruch in allen europäischen Ländern zu warten. Die einzige strategische Überlegung, die man entwickeln kann, muss also zum Ausgangspunkt einen Versuch der sozialen Transformation haben, der in einem einzigen Land beginnt. Die Regierung dieses Lands trifft also Maßnahmen wie die Einführung einer Steuer auf das Kapital. Aber wenn sie klug ist, muss sie gleichzeitig mögliche Vergeltungsmaßnahmen vorbeugen, die sofort gegen sie getroffen würden: Sie führt also eine **Kapitalkontrolle** ein. Diese Maßnahme zum Schutz der durchgeführten Steuerreform bedeutet den Beginn eines **offenen Konflikts mit den europäischen Spielregeln.** Das bedeutet aber nicht, dass es von Vorteil wäre, einseitig aus der Euro-Zone auszusteigen, denn das wäre ein enormer strategischer Fehler, dies aus leicht verständlichen Gründen: die neue Währung wäre sofort die Zielscheibe von massiven Angriffen, um die Wirtschaft des „rebellischen“ Lands zugrunde zu richten.

Man muss also die Idee aufgeben, dass es „technische“ Abkürzungen gäbe, stattdessen den unvermeidlichen Konflikt auf sich nehmen und ein günstiges Kräfteverhältnis aufbauen.

Dafür gibt es einen ersten Ansatzpunkt: die Fähigkeit, den kapitalistischen Interessen zu schaden: das Land, das solche Veränderungen durchführt, kann seine Schulden umstrukturieren, das ausländische Kapital nationalisieren usw. Oder einfach damit drohen. Mit Ausnahme eines sehr kleinen Landes sind die Antwortmöglichkeiten angesichts der Verflechtung der Wirtschaften beträchtlich. Viele könnten dabei Federn lassen. Es ist also kein ungleicher Kampf.

Der wichtigste Ansatzpunkt ist der kooperative Charakter der getroffenen Maßnahmen. Es ist vollkommen anders als der klassische Protektionismus, der eigentlich nichts anders zum Ziel hat als sich gegen die anderen geschickt aus der Affäre zu ziehen, indem ihnen Anteile des Marktes abgenommen werden. Alle fortschrittlichen Maßnahmen hingegen sind umso effektiver je mehr Länder sie umsetzen. Es würde sich also um eine Ausdehnungsstrategie handeln, die folgende Erklärung zur Grundlage hat: ***Wir drücken unseren Willen aus, das Kapital zu besteuern und wir treffen dafür die passenden schützenden Maßnahmen. Aber nur solange, bis diese Maßnahme gemäß unserem Vorschlag auf ganz Europa ausgedehnt wird.***

Zusammengefasst: Statt dem Bruch mit dem neoliberalen Europa ein Projekt der Neugründung Europas entgegenzustellen, sollten wir vielmehr über die Verzahnung zwischen beiden nachdenken.

(1) *http://atterres.org/, Manifest der entsetzten Wirtschaftswissenschaftler*

http://hussonet.free.fr/@bibi.htm

Europäisches Attac-Netzwerk

EU muss soziale, politische und demokratische Rechte in Mittelpunkt stellen

Europäisches Attac-Netzwerk legt Vorschläge für Bewältigung der Krise vor

16.Dezember 2010

Während des EU-Gipfels am 16. und 17. Dezember werden die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder die Vorschläge des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Achille van Rumpuy zur künftigen EU-Wirtschaftspolitik sowie zur Veränderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts prüfen.

Die Vorschläge decken sich weitestgehend mit jenen der Europäischen Kommission. Vorgeschlagen werden sowohl eine makroökonomische Überwachung der europäischen Volkswirtschaften, eine Verschärfung der Maastricht-Kriterien für öffentliche Defizite und Schulden, wie auch einen Sanktionsmechanismus für Staaten, die, nicht in der Lage sind, ihre Schulden "nachhaltig" abzubauen.

Obwohl die gegenwärtige Krise dringend echte Veränderungen der europäischen Wirtschaftspolitik benötigt, halten die Kommission und der Rat am bestehenden, untauglichen und ungerechten Paradigma fest, das auf Reduzierung der öffentlichen Ausgaben und Senkung der Löhne beruht.

Darüber hinaus werden die Staats- und Regierungschefs auf eine Änderung der Lissabon-Kriterien drängen, um einen permanenten Krisen-Mechanismus einzurichten, wie er in Irland und Griechenland genutzt wurde. Dieser Mechanismus würde eine Intensivierung der Austeritätspolitik bedeuten, wohingegen die Beiträge des Finanz- und Bankensektors minimal ausfallen sollen.
,
Statt einer engen Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in Europa schlägt das europäische Attac-Netzwerk folgende Maßnahmen vor, um die soziale, die ökologische und die Schuldenkrise zu bewältigen:

- In Zeiten systemischer Krisen-Risiken wie momentan wird den EU Regierungen und insbesondere den Regierungen der Eurozone erlaubt, direkt von der Europäischen Zentralbank Anleihen zu sehr niedrigen Zinsen aufzunehmen.
- Gemeinschaftliche Eurobonds werden ausgegeben, um die finanziellen Kosten für alle Mitgliedstaaten der Eurozone zu reduzieren.
- Umschuldungsverfahren mit Gläubigerbeteiligung - entsprechend der Höhe ihrer Kredite - werden ermöglicht. Öffentliche Schulden, die größtenteils auf Steuerbefreiungen und auf die Finanzkrise zurückzuführen sind, müssen in Frage gestellt werden.
- Eine Finanztransaktionssteuer in der EU (oder wenigstens in der Euro-Zone), wird eingeführt, um Spekulation einzudämmen und öffentlichen Einnahmen zu generieren
- Alle Steueroasen werden geschlossen.
- EU-Gesetze sind zu verabschieden, die Banken für Kleinkunden vom Investmentbanking trennen. Banken sollte es nicht länger gestattet sein, sich im Investmentbanking zu betätigen. Alle Banken und Investment-Institutionen müssen klein genug bleiben, um zusammenbrechen zu können. Alternativ sollte eine öffentliche Übernahme der Banken erwogen werden.
- Nötig ist eine stärkere Besteuerung von Konzernen und reichen Personen in allen EU-Mitgliedsstaaten. Das kann geschehen durch einen Mindeststeuersatz von 25 Prozent bei der Unternehmenssteuer und die Einführung einer europaweiten Reichensteuer. Außerdem sollten weitere Steuern auf Vermögen eingeführt werden.
- Erforderlich ist eine stärkere politische Koordination, die unter anderem Mindestlöhne (bei 60 Prozent des Medianeinkommens) und Mindeststandards bei den sozialen Sicherungssystemen umfasst.
- Projekt-Bonds werden eingeführt, um die ökologische Transformation der europäischen Wirtschaft zu finanzieren (zum Beispiel für ein europäisches, öffentliches Eisenbahnsystem, ökologisch nachhaltige, Energie-Formen, usw.). Das würde nämlich erlauben, sozial- und ökologischverträgliche Arbeitsplätze zu schaffen.
- Makroökonomische Indikatoren sind zu entwickeln, die ökonomische, soziale und ökologische Ungleichgewichte in beide Richtungen (sowohl Defizite, als auch Überschüsse) überwachen. Insbesondere sollen soziale Kriterien mit einbezogen. Außenhandelsungleichgewichte müssen angegangen werden.

Außerdem sollte die EZB einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden und sie sollte beauftragt werden, eine Geldpolitik zu betreiben, die soziale und ökologische Bedürfnisse berücksichtigt.

Die kommenden sechs Monate haben eine Schlüsselfunktion für den zukünftigen europäischen Integrationsprozess. Sie sind entscheidend für die Frage, ob wir es schaffen, mit dem neoliberalen Mainstream zu brechen und ihn durch eine progressive Politik zu ersetzen, oder ob wir uns über Jahre hinweg mit den Folgen einer fatalen Austeritätspolitik konfrontiert sehen.

Wir fordern die sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf, sich gemeinsam in ihren Heimatländern und auf der europäischen Ebene in die Debatte einzubringen sowie den Prozess der europäischen Integration in eine neue Richtung zu lenken, die soziale, politische, ökonomische und demokratische Rechte der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt.

Anmerkung der SiG-Redaktion:
Diese Text Version entspricht dem englischen Original

Attac Österreich
Unser Europa ist anders: http://www.attac.at/eu.html
EU als globaler Akteur: http://www.attac.at/globaleurope.html

Attac Deutschland
http://www.attac.de/themen/europa/

Werner Rügemer

„Irland retten“ heißt, die Deutsche Bank retten und Lohndumping für Exportbranchen durchsetzen. Die Alternativen sind Entschuldung und Demokratie

Josef Ackermann ist Schweizer und Chef der Deutschen Bank. Die gehört angelsächsischen Investoren und der United Bank of Switzerland (UBS) und macht ihre Hauptgeschäfte in London, New York und auf den Cayman Islands. Ackermann spielt jetzt den glühenden Europäer. *„Europa muss als Einheit bewahrt werden und darf nicht kurzfristigen ökonomischen Erwägungen zum Opfer fallen,*“ ließ er verlauten, nachdem er Ende November durch Brüssel tourte und den EU-Kommissionspräsidenten, den EU-Ratspräsidenten und den EU-Binnenmarktkommissar heimgesucht hatte.

Lutz Raettig, Aufsichtsratschef der deutschen Niederlassung der US-Investmentbank Morgan Stanley, sagt es so: *„Die Forderungen der deutschen Banken an Irland sind wichtig genug, um dem Land zu helfen*.“ Irland retten – das hört sich für das Wählervolk besser an als »deutsche« Banken retten.

Die EU hat **Irland** zum **Modellstaat** gemacht. Sie hat den Aufbau einer Finanzoase in Dublin gefördert – eine Finanzoase aus der Retorte. Hier musste nicht erst die **Bankenaufsicht** dereguliert werden, es gab und es gibt **keine**. Hier wickelten europäische Banken, Auto- und Pharmafirmen ihre zudem steuerbegünstigten Transaktionen ab. Hier versteckten diese in ihren »**Zweckgesellschaften**« die riskantesten Spekulationen, die zur Finanzkrise beitrugen. Dortzulande betrieb die deutsche Depfa ihre Schneeball-Systeme, wurde 2008 von der Hypo Real Estate aufgekauft und verursachte damit den größten Bankenbankrott und die teuerste Bankenrettung in der BRD-Geschichte.

In welchem Maße die behauptete 130-Milliarden-Euro-Verschuldung des Staates Irland gefälscht ist, spricht sogar ein neoliberaler Prediger wie Hans-Werner Sinn offen aus: *„Diese Aussage ist falsch, weil hinter dieser Zahl etwa 100 Milliarden Euro Ansprüche gegenüber eigenen Zweckgesellschaften der deutschen Banken stehen, deren Risiken mit der Bonität des irischen Staats und der irischen Banken nichts zu tun haben“*. (Handelsblatt 29.11.2010)

Im Zentrum der irischen Verschuldung steht wie in Spanien der spekulativ hochgepushte **Immobilienmarkt**. Einheimische Institute wie die Anglo Irish Bank finanzierten Bürohäuser, Luxusappartments und Eigenheimsiedlungen. Die Kredite wurden ohne strenge Auflagen vergeben, wie in den USA. Wer ein Haus oder eine Geschäftsimmobilie baute, konnte damit Steuern sparen. Zwischen 1996 und 2006 vervierfachten sich die Immobilienpreise. Zwischen 2000 und 2008 erweiterte sich der Bestand an neuen Bauten um mehr als ein Drittel auf 1,9 Millionen Immobilien – weit am Bedarf und an der Kaufkraft vorbei. Seit dem Absturz 2008 stehen gläserne Büropaläste ebenso leer wie 350000 Häuser. **Geisterstädte** voller Eigenheime und Appartments gammeln vor sich hin. Der Staat nahm den 16 irischen Banken und Immobiliengesellschaften 90 Milliarden an faulen Krediten ab, gründete dafür die Immobilien-Bad-Bank Nama. Sie soll auch verpfändete und halbfertige Häuschen notdürftig unterhalten – man hofft, wenigstens ein paar an Touristen zu verkaufen; die meisten wird man abreißen müssen.

Um den Boom zu finanzieren, nahmen die winzigen irischen Banken Kredite vor allem bei englischen und deutschen Banken auf, direkt oder indirekt über deren irische Zweckgesellschaften. Ganz vorn mit dabei neben Deutscher Bank und Commerzbank: die Hypo Real Estate. Der Staat Irland hat selbst also keineswegs die vielen Schulden gemacht – die entstanden vor allem durch die Rettung der irischen Banken und letztlich der europäischen Großbanken.

Die EU förderte über den Zauberlehrling Irland auch das Dumping bei den **Unternehmenssteuern**: Hier liegt der Satz bei konkurrenzlosen 12,5 Prozent. Zusätzlich gewährte die EU üppige Zuschüsse zur Gründung von Firmen, europäische Banken gaben Kredite. Siemens, Intel, Google, Microsoft, Vodafone, Pharmariesen wie Glaxo-Smith Kline und die Automobilbranche nutzten die **Niedriglöhne** und siedelten Zuliefer-Werkbänke an. 1000 ausländische Firmen ließen hier **für den Export** arbeiten. SAP läßt von hier aus online weltweit Softwarekunden beraten und Software verkaufen.

Beschäftigte auspressen, billiges und subalternes Produzieren für den Export der internationalen Konzerne, spekulativ finanzierter Boom: Wenn das Kartenhaus zusammenbricht, werden die Kosten auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt. Indem die EU „Irland“ rettet, haben die Banken doppelten Gewinn. Sie brauchen ihre spekulativ vergebenen Kredite nicht abzuschreiben, und es wird noch sicherer, an Irland und an andere EU-Staaten weiter Geld zu verleihen. Die Konzerne freuen sich auch schon: Zum Sparprogramm gehört die Absenkung der Mindestlöhne. Die ersten Konzerne kommen zurück, und das Spiel beginnt von neuem.

Die rigorosen Maßnahmen der Regierung führen in wirtschaftliche Depression, wie in Griechenland. Die Ratingagenturen wiederum stuften Irland auf Ramschstatus herab, auch wegen der schlechten wirtschaftlichen Aussichten, und schon steigt der Zins auf die Staatsschulden noch weiter – die tödliche Medizin nach EU- und Weltbank-Rezept. Und weil die „starken“ Staaten die Hauptlast der neuen Kredite tragen – gleichgültig ob über EU-Anleihen oder über den bisherigen 750 Milliarden-Rettungsschirm –, verlangen die Banken auch für die Staatsanleihen der starken Staaten höhere Zinsen, und die Gebühren für die Kreditausfallversicherungen werden ebenfalls teurer. Auch deswegen soll die deutsche Bevölkerung sparen, zusätzlich.

Die aus dem Niedergang der sozialistischen Staaten gespeiste EU-Euphorie hat ihre Legitimation verloren und zeigt ihr wahres Gesicht. Dabei ist nicht der Euro als Währung das Problem, sondern die damit verbundene Wirtschafts- und Steuerpraxis. **Nicht der Staatsbankrott ist die Lösung, sondern die Nichtbezahlung unseriös vergebener Kredite.** Die Großbanken würden nicht pleite gehen, wenn sie die vergleichsweise kleinen Beträge in Irland abschreiben. Sie fürchten das Exempel. Beispiele gibt es schon: vor Jahren Argentinien, jetzt Island. **Da braucht es aber Regierungen, die keine Lakaien sind**. **Nicht nur europaweiter Widerstand gegen Sparprogramme steht an, sondern der Aufstand für ein demokratisches Europa.**

***Werner Rügemer** war maßgeblich an der Initiative für des Attac-Banken Tribunal beteiligt.

Quelle: junge welt, 14.12.2010

Mick Barry
Die sozialistische Alternative zu IWF/EU-Diktaten

Die kapitalistischen Medien sagen, dass es keine Alternative zur „Sparpolitik" gibt, die Irland von der Regierung, der EU und dem IWF aufgezwungen wird. Das ist komplett unwahr.
*Es **gibt** eine Alternative – eine **sozialistische** Alternative.*

Schließt die Anglo Irish Bank

Die Rettung der Anglo Irish Bank wird den Steuerzahler laut den Berechnungen der Regierung € 29,3 bis € 34,3 Milliarden und laut mancher Ökonomen bis zu 40 Milliarden kosten. Die Bank sollte sofort geschlossen und die Verluste von den Schuldschein-Inhabern, den privaten Banken, die der Anglo Geld geliehen haben, und von wohlhabenden Kontoinhabern übernommen werden. Dasselbe trifft auf die Irish Nationwide Building Society zu.

Verstaatlichung der Banken unter der Demokratischen Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung

AIB, Bank of Ireland und andere Banken sollten verstaatlicht werden. Die Banken sollten zu einer Staatsbank verschmolzen werden, mit einer Arbeitsplatz- und Beschäftigungsgarantie für das Anglo- und INBS-Personal. Die Vorstände und Aufsichtsräte sollten entlassen werden. Ein neuer Aufsichtsrat unter der demokratischen Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung sollte eingerichtet werden, inklusiv gewählter Personalvertreter und von der Gesamtgesellschaft gewählter Repräsentanten..

Beendet das Bankenretten, das am Ende bis zu € 90 Milliarden kosten könnte – steuert diese Investition um zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Schutz der Sozialversicherung. Anteilinhaber und private Kreditgeber aus der Bankenwelt sollten keine Rückzahlungsgarantien erhalten. Die Bank sollte ihre Mittel und künftigen Gewinne darauf ausrichten, den Wert der Hypotheken zu vermindern (alle Hypotheken sollten an der *gegenwärtigen* Bewertung der Häuser ausgerichtet werden), Arbeitplätze zu verteidigen und kostengünstige Kredite an Kleinunternehmer und Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen.

Für ein Notprogramm der sozial nützlichen öffentlichen Bautätigkeit

Im Kapitalismus bleiben Schulen ungebaut, Kommunen bleiben ohne Zentren, Gesundheits-, Sport- und Jugendeinrichtungen und ein großer Teil der Wohnungen sind noch immer nicht isoliert, während gleichzeitig eine große Zahl an Bauarbeitern unter Arbeitslosigkeit leidet.

Beendet diesen Widerspruch durch den Start eines sozial nützlichen Programms öffentlicher Bautätigkeit, um Bauarbeiter zu beschäftigen, und zwar zu den gewerkschaftlich vereinbarten Tarifen.



Für eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Es macht keinen Sinn, dass Leute 39 Stunden pro Woche plus Überstunden arbeiten, während gleichzeitig 450.000 Leute arbeitslos sind. Kürzt die Arbeitswoche auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich und verteilt die Arbeit unter die Arbeitslosen. Das würde 165.000 Arbeitsplätze schaffen. Eine Person ein Jahr lang arbeitslos zu lassen kostet durchschnittlich € 20.000 jährlich an Arbeitslosengeld und Verlust an Steuereinnahmen. Massnahmen, die eine Viertel Million Menschen aus der Arbeitslosigkeit holen, könnten dem Steuerzahler bis zu € 5 Milliarden einsparen und dieses Geld sollte zur Finanzierung der Notprogramme für sozial nützliche öffentliche Bautätigkeit verwendet werden.

Für ein progressives Steuersystem

33.000 Irische Millionäre besitzen € 133 Milliarden an Wohlstand. Das Steuersystem sollte geändert werden, nicht durch Erfassen der am niedrigsten Bezahlten im Steuernetz, sondern dadurch, dass die Elite dazu gezwungen wird, ihren fairen Anteil zu zahlen. Eine hohe Wohlstandssteuer sollte eingeführt werden; Steuerschlupflöcher für die Reichen müssen abgeschafft und Unternehmenssteuer deutlich erhöht werden. Nein zur Besitzsteuer auf Familienunterkünfte und zu Wassergebühren.

Schafft die astronomíschen Einkommen ab

Der Taoiseach (= Irischer Regierungschef) erhält jährlich €228.000. Ein Regierungsminister erhält jährlich €191.000. Ein Richter am Obersten Gerichtshof erhält jährlich €257.872. Diese astronomischen Gehälter und andere Privilegien, wie der ministerielle Fuhrpark, sollten abgeschafft werden. Dies sollte geschehen, nicht um „Ein Beispiel zu statuieren" um die einfachen Leute zur Sparsamkeit zu ermutigen, sondern um einer bösartig ungleichen kapitalistischen Gesellschaft einen Schlag zu versetzen.

Die Einschnitte sind zurückzunehmen!

Die massiven Einschnitte sind nicht nur ein Angriff auf den „Sozialen Lohn", der die Arbeitenden und die Armen am härtesten trifft; sie wirken auch überaus deflationär und haben das Potential, die Wirtschaft ernsthaft zu schädigen, wie es unlängst durch das ESRI betont wurde. Jede €1 Milliarde an Kürzungen hobelt schätzungsweise €500 Millionen an wirtschaftlichem Wachstum im nachfolgenden Jahr weg. Nutzt die zusätzlichen Steuereinnahmen, die durch die Einführung eines progressiven Steuersystems entstehen, um die Flut der Einsparungen aufzuhalten und kehrt alle Einschnitt der letzten Jahre um!

Nein zur Privatisierung

Der Autor des „An Bord Snip Nua"-Berichtes, der rechtsgerichtete Ökonom Colm McCarthy, wurde mit der Überprüfung des staatlichen Besitzstandes beauftragt, und dies ist zweifellos ein Vorspiel dafür, Privatisierungen im großen Umfang vorzuschlagen. Es macht überhaupt keinen Sinn zu privatisieren, wenn der private Sektor hauptverantwortlich für die Krise ist. Wir brauchen mehr Pflegekräfte, Lehrer, Ärzte und Sozialarbeiter. Beschäftigung im öffentlichen Sektor sollte erhöht werden, nicht beschnitten!

Beendet die Herrschaft des Marktes

Der Kapitalismus hat spektakulär versagt – 450.000 Arbeitslose, ein Bankendesaster und €15 Milliarden an Kürzungen im sozialen Bereich.. Wenn der Kapitalismus es nicht leisten kann, Arbeitplätze, würdige Lebensqualität, passende Sozialversicherungen und eine Zukunft zu liefern, dann kann die arbeitende Klasse sich keinen Kapitalismus leisten. Das System sollte beendet werden. Verstaatlicht die Banken, die Bauindustrie und alle großen Unternehmen, die die Wirtschaft dominieren. Stellt sie unter die demokratische Kontrolle der arbeitenden Menschen und nutzt ihre Gewinne für die Bedürfnisse der Menschen.

Für einen sozialistischen Plan der Produktion, in Irland und international

Richtet die Wirtschaft darauf aus, den Bedürfnissen der einfachen Menschen gerecht zu werden, nicht den Supergewinnen der kapitalistischen Elite. Passt die ungenutzten Ressourcen an die sozialen Bedürfnisse an – beispielsweise dadurch, dass die unvollendeten „Geistersiedlungen" zu Ende gebaut werden, um die umfangreiche Wartelisten für Sozialwohnungen endlich abzuarbeiten.

Statt Banken zu retten verwendet Staatsgelder und staatliche Unternehmen, um die Arbeitslosigkeit zu beenden.

Beendet die Herrschaft des Kapitalismus international und die Macht der nicht-gewählten finanziellen „Märkte", die Millionen von Menschen und ganze Ländern drangsalieren. Für ein sozialistisches Europa statt einer kapitalistischen Europäischen Union. Statt der Anarchie des Marktes mit seiner katastrophalen Achterbahnfahrt von Konjunktur und Rezession**, plant die Weltwirtschaft rational**, um Armut, Hunger, Massenarbeitslosigkeit und die schamlose soziale Ungleichheit zu beenden.

Mick Barry ist ein Abgeordneter der Irischen Sozialistischen Partei für den Stadtrat von Cork, erstmals gewählt 2004 und im ersten Wahlgang im Juni 2009 wiedergewählt im Cork City North Central Ward
URL:
mrzine.monthlyreview.org/2010/barry201110.html

Übersetzung: coorditrad

Attac Frankreich
Finanzkrise in Europa: Schluss mit dem Flickwerk!

30. November 2010
Erneut ein schlechter Sonntag für die europäischen Finanzminister. Den Launen der Finanzmärkte ausgeliefert, haben sie am 28. November mit dem IWF einen neuen Banken-Rettungsplan gebastelt, der in „**Hilfsplan für Irland**" umbenannt wurde.
Der von der EU und dem IWF organisierte Hilfsplan über 85 Milliarden Euro hat das offizielle Ziel, die irischen Banken vor dem Bankrott zu retten. Aber in Wirklichkeit handelt es sich erneut um eine verzweifelte Geste, den Moment der Wahrheit zu verdrängen.
Immerhin finden sich jetzt, im Unterschied zu früheren Fällen, keine „Experten" mehr, um zu verkünden, dass die Krise jetzt unter Kontrolle sei. Im Gegenteil, ihre Verschlimmerung ist unvermeidlich, solange die Finanzmärkte nicht entwaffnet worden sind.
Die Logik des angekündigten Plans ist transparent: Die Gläubiger der irischen Banken - europäische und internationale Banken und Pensionsfonds – wollen keinen Cent verlieren. Die irischen Behörden verstaatlichen ihre Banken, damit sie alle Schulden zurückzahlen und die Finanzwelt beruhigen können. In der zur Schau getragenen Hoffnung, später wieder zu reprivatisieren, wenn das Unwetter vorbei ist.
Um diese Vollkaskoversicherung, die den internationalen Banken geschenkt wurde, zu finanzieren, verlangt Irland, wie vorher Griechenland, von seiner Bevölkerung beträchtliche Opfer. Portugal ist ebenfalls auf der Anklagebank. Die Spekulanten – angefangen mit den großen europäischen Banken selbst – haben schon das nächste Opfer im Visier: Spanien, wie Irland durch den Kollaps des Immobilienmarkts ruiniert. Den Bastlern vom Sonntag werden bald die Werkzeuge ausgehen. Sie müssen aber den Tatsachen früher oder später ins Gesicht sehen: die durch die Rezession und die Bankenrettung hervorgerufenen Staatsschulden werden nicht zurückgezahlt werden können. Der wachsende soziale Widerstand in Europa wird es der Finanzindustrie nicht gestatten, die Bevölkerung die gesamte Rechnung begleichen zu lassen. Deutschland hat von seinen Partnern die Zusicherung erlangt, dass die Gläubiger von 2013 an bei einer weiteren Krise auch zahlen müssen, von Fall zu Fall … und wenn 85% einverstanden sind. Um den drohenden Zusammenbruch der Eurozone aufzuhalten, muss man anders vorgehen als mit solchen Basteleien, nämlich:
- Besteuerung und strikte Regulierung von Finanz-Transaktionen, angefangen mit dem Handel mit dem Euro; Verbot, mit Staatsschulden zu spekulieren; falls notwendig Schließung der Finanzmärkte.
- die zu stark verschuldeten Banken bankrott gehen lassen, ohne Entschädigung der Schuldner und Aktionäre, die mit dem Feuer spielend Profite angehäuft haben;
- Verstaatlichung der mit öffentlichen Geldern wieder flott gemachten Banken. Diese Banken sollten schnell in Gemeineigentum übergehen, d.h. unter die demokratische Kontrolle der Lohnabhängigen, der Bürger und öffentlichen Institutionen gebracht werden.
- Verbot für die Kreditbanken, die die Ersparnisse von Privatpersonen managen, zu spekulieren und Filialen in Steuerparadiesen zu haben
- Restrukturierung der Schulden, sogar teilweisen Nichtbezahlung der Schulden durch die Staaten, die von der Last der Staatsschulden erdrückt werden. Die durch die Steuergeschenke an die Reichen, die Finanzkrise und die Rettung der Banken entstandenen Schulden sind unrechtmäßig.
- Als Ergänzung, teilweise Monetarisierung der Staatsschulden, wobei die EZB den Staaten direkt ihre Anleihen abzukaufen hat.
Wenn nicht Schritte unternommen werden, die die Diktatur der Finanzwelt beenden, werden die Eurozone und die ganze EU in einem voraussehbaren Chaos versinken, welches politische Erschütterungen verursachen wird.

http://www.france.attac.org/spip.php?article11955
Übersetzung: Gabriela Greif, Kolja Mendler, coorditrad

Auftritt des Münchner Attac-Chores beim Winter-Tollwood am 28.11.

Von Räubern, Rettern und Renditen



Eine Revue? Eine Revue zur Finanzkrise? Ist das nicht ein viel zu ernstes Thema, kann man daraus denn eine Revue machen? Man kann. Und das Publikum war begeistert.
26 Sängerinnen und Sänger des Münchner Attac-Chores mit ihrem Chorleiter Erwin Jedamus haben am 28.November beim Winter-Tollwood eine mitreißende Revue zu Ursachen und Folgen der Finanzkrise auf die Bühne des Weltsalons gebracht. Die „systemrelevante" Show aus Information (Filmszenen vom Berliner Bankentribunal und kleine Exkurse der Attac-Sachverständigen Renate Börger) und Unterhaltung (Songs, Spielszenen, Kabarett) kam im Zelt gut an: 450 Zuschauer dankten mit anhaltendem Applaus.
Der Amateurchor der Münchner Globalisierungskritiker von Attac hatte sich für die Aufführung ein paar Profis geholt – Ecco Meineke von der Münchner Lach – und Schießgesellschaft, die Sängerin Berivan Kaya und den Musiker Titus Waldenfels. Der Regisseur Otmar Demharter brachte in wochenlangen Proben professionellen Pfiff in die Aufführung. Ein Zuschauer nach der Revue: „Eine schöne Mischung war das. Ich habe was gelernt über die Hintergründe des Bankenskandals und mich gleichzeitig köstlich amüsiert."
http://www.fotobocks.de/fotos/1011attac_tollwut/index.html

http://www.attac-muenchen.org/muenchen/neuigkeiten/detailansicht/datum/2010/12/09/von-raeubern-rettern-und-banditen/?cHash=46c47e812635bb85cdae579872f05c93

AG "Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit" von Attac Karlsruhe:

Fünfter Kongress in der Reihe "Arme Kinder - Reiches Land".
Mit dem Titel "**Es reicht! Für alle! Wege aus Armut und Ungerechtigkeit"**
im und mit dem Tollhaus,
15.Januar 2011 ab 14.00 Uhr.

Anmeldung online unter www.tollhaus.de oder telefonisch unter 0721-964050.
Weitere Infos auch unter http://www.attac-netzwerk.de/karlsruhe

Aktionskonferenz zur Armutsbekämpfung am 5. Februar 2011 in Düsseldorf, 10-17 Uhr.

Das Europa-Parlament hatte 2010 zum Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung erklärt. ATTAC Düsseldorf wird gemeinsam mit Betroffenen und deren Initiativen und Interessenverbänden – die Ergebnisse dieses Jahres hinterfragen und die Auswirkungen unter die Lupe nehmen.
Vormittag kurze Einstiegsreferate von Experten aus Gewerkschaft und Parlament. Das Schwergewicht wird im Anschluss auf den Arbeitsgruppen zur Situation der Betroffenen liegen. Von den Teilnehmern werden Handlungsperspektiven erarbeitet mit der Fragestellung: „Wie können wir unseren Forderungen mehr Nachdruck verleihen?"
Mitwirkende: Rosa-Luxemburg Stiftung NRW, Verein demokratischer JuristInnen, Diakonie Düsseldorf

Ort: Haus der Diakonie, Platz der Diakonie / Düsseldorf-Flingern.
Mehr unter: http://www.attac-duesseldorf.de/

Österreich

13.000 Menschen haben am 28.11. bei der Demonstration ein Zeichen gegen das geplante Sparbudget der Bundesregierung gesetzt - das ist ein Riesenerfolg für die Plattform Zukunftsbudget!
Mittlerweile beteiligen sich an der Plattform über 110 Organisationen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden - die Regierung muss einlenken und einen Kurswechsel vornehmen. Kein Sparen bei Kindern, Jugend und Familien!



Der Protest gegen das zukunftsfeindliche Budget 2011 geht weiter.
http://www.zukunftsbudget.at/

S. auch: http://www.wege-aus-der-krise.at/start.html
Attac Österreich hat bereits im Oktober gemeinsam mit dem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis „Wege aus der Krise" ein gerechtes und zukunftsorientiertes Budget präsentiert: Investitionen in Soziales, Pflege, Bildung, ökologisch nachhaltige Mobilität und Energieformen sind mit einer gerechten Besteuerung von Vermögen und der Abschaffung von Steuerprivilegien für Kapitaleinkommen möglich.
Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget: http://www.wege-aus-der-krise.at/fileadmin/dateien

Kongress "Jenseits des Wachstums?!"

Großer Attac-Kongress 20.-22. Mai 2011 TU Berlin

Es gibt kein unendliches Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten. Seitdem der Bericht des Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen hat, sind fast 40 Jahre vergangen, doch Alternativen zum Wachstum sind weiterhin nicht auf der politischen Agenda. Gleichzeitig wird im Verlauf der Wirtschaftskrise zunehmend deutlich, dass politische Ziele wie "Klimagerechtigkeit" und "Wohlstand für alle" innerhalb der Wachstumslogik nicht zu verwirklichen sind.

Vom 20. bis 22. Mai 2011 lädt Attac in der Technischen Universität Berlin dazu ein, mit vielen internationalen ReferentInnen in mehr als 70 Veranstaltungen darüber zu diskutieren, wie eine Postwachstumsökonomie aussehen könnte.

Anfang 2011 werden ausführlichere Informationen zum Attac-Kongress mit Programm und Anmeldung im Web zu lesen sein.

Weltklimakonferenz in Cancun

Ohne Konsens!
Ohne Klimagerechtigkeit!

Bolivien verdammt die erfolgte Annahme der Kopenhagen-Vereinbarung II

11. Dezember 2010 (Cancun, Mexiko) – Die multiethnische Nation Bolivien ist der Auffassung, dass der in Cancun verabschiedete Text ein inhaltlich hohler und verlogener Sieg ist, der ohne Konsens aufgezwungen wurde. Die Kosten für diesen Sieg werden in Menschenleben bemessen. Die Geschichte wird ein hartes Urteil fällen.

Es gibt nur eine Methode, den Erfolg eines Klimaabkommens zu messen – und die hängt davon ab, ob die Übereinkunft **wirksam** Emissionen verringert, um einen galoppierenden Klimawandel zu verhindern. Der Text des Abkommens verfehlt dieses Ziel klar, da er einen weltweiten Temperaturanstieg von mehr als 4 Grad Celsius zulassen könnte, ein für die Menschen katastrophales Maß. Neuere wissenschaftliche Studien zeigen, dass schon jetzt jedes Jahr 300 000 Menschen infolge von Naturkatastrophen sterben, die ihre Ursache im Klimawandel haben. Als Auswirkung des angenommenen Textes droht diese Zahl auf eine Million Opfer pro Jahr zu steigen. Das werden wir niemals akzeptieren können.

Letztes Jahr war für jedermann offensichtlich, dass Kopenhagen sowohl vom Verfahren als auch von der Substanz her ein Fehlschlag war. In diesem Jahr aber hat eine wohlüberlegte Strategie geführt mit dem Ziel, die Erwartungen zu senken und ein Ergebnis um jeden Preis herbeizuführen, zu einer Übereinkunft, die im Kern kaum mehr als Kopenhagen II bedeutet.

Der so genannte Sieg der Vielstimmigkeit ist in Wahrheit ein Sieg **der reichen Nationen**, die andere Länder soweit drangsaliert und durch Schmeicheleien weich geklopft haben, dass sie einen Deal **zu den Bedingungen der reichen Länder** akzeptierten. Die reichen Nationen hatten uns nichts Neues anzubieten hinsichtlich verringerter Emissionen oder Finanzierungswegen.
Stattdessen versuchten sie in jeder Phase zurückzurudern in Bezug auf bestehende Verpflichtungen und dabei jedes nur mögliche Schlupfloch zu nutzen, um ihre Verpflichtung zum Handeln zu verringern.

Während die Entwicklungsländer – welche mit den schlimmsten Folgen des Klimawandels konfrontiert werden – für ehrgeizigere Ziele plädierten, gab es für uns stattdessen den „Realismus“ **leerer Gesten**. Vorschläge mächtiger Staaten wie der USA waren unantastbar, während mit den unseren nach Gutdünken umgegangen werden konnte. Kompromisse wurden nicht zulasten der Verursacher des Klimawandels geschlossen, sondern auf Kosten der Opfer. Als Bolivien erklärte, dass wir mit dem in den letzten Gesprächsstunden ausgehandelten Text nicht einverstanden waren, wurden wir überstimmt. Eine Übereinkunft, bei der nur die Mächtigen die Gewinner sind, ist kein verhandeltes Ergebnis, sondern eine Täuschung.

Bolivien kam mit konkreten Vorschlägen nach Cancun, von denen wir glaubten, dass sie Hoffnung für die Zukunft bringen können. Diese Vorschläge fanden den Zuspruch von 35 000 Menschen bei der historischen **Konferenz** der Menschen dieser Welt im April 2010 in **Cochabamba**. Sie bemühen sich um gerechte Lösungen für die Klimakrise und gehen die Wurzeln ihrer Ursachen an. In dem Jahr seit Kopenhagen wurden sie in den zu verhandelnden Text eingearbeitet und dennoch schließt der Text von Cancun diese Stimmen systematisch aus. Niemand kann Bolivien dazu bringen unsere Prinzipien oder die der von uns vertretenen Völker aufzugeben. Wir werden weiter an der Seite von betroffenen Gemeinschaften überall auf der Welt kämpfen, bis das Ziel der **Klimagerechtigkeit** erreicht ist.

Bolivien hat in gutem Glauben an diesen Verhandlungen teilgenommen und in der Hoffnung, dass wir eine wirksame Klimavereinbarung erreichen könnten. Wir waren zu Kompromissen in vielen Dingen bereit, nicht aber zulasten des Lebens der von uns vertretenen Menschen. Es ist traurig, dass die reichsten Nationen dieser Welt gerade das von uns erwarten. Mag sein, dass Länder uns wegen unserer Position zu isolieren suchen, doch wir sind hierhin gekommen als Vertreter der Völker und sozialen Bewegungen, die für echtes und wirksames Handeln einstehen, um die Zukunft der Menschheit und von Mutter Erde zu schützen. Wir sehen die Unterstützung dieser Menschen als unsere Richtschnur. Die Geschichte wird urteilen über das, was in Cancun geschehen ist.

Quelle:
http://pwccc.files.wordpress.com/2010/12/press-release-history-will-be-the-judge.pdf
Übersetzung: G. Kramann, coorditrad

Ergebnisse der Klimakonferenz in Cancun

http://pwccc.wordpress.com/, englischsprachige Internetseite der Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde in Cochabamba (Bolivien) von April 2010.
http://boliviaun.net/cms/?cat=19
http://viacampesina.org/en/

Weitere Links:

…auf Deutsch:

http://www.attac.at/9234.html und
http://lvccampcancun.wordpress.com/
http://klimaschutz-netz.de/
http://www.nachhaltig-links.de/index.php/kyoto-kopenhagen-a-co/454-cancun-blog
http://www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/internationaler_umweltschutz/klimakonferenz_cancun_2010/cancun_blog/
http://klima-der-gerechtigkeit.de, www.klimaretter.info

… auf Französisch

www.france.attac.org,
http://www.france.attac.org/spip.php?article11943
http://www.mediapart.fr/club/edition/justice-climatique-cancun-et-la-cop16-au-microscope

… auf Englisch

http://www.democracynow.org/seo/2010/12/8/thousands_march_in_cancn_at_la (Proteste in Cancun)
http://www.tni.org/project/environmental-justice
http://www.jubileesouth.org/index.php?option=com_content&task=view&id=308
http://www.climate-justice-now.org/, http://climatjustice.org/
http://www.350.org/about/science

Attac Frankreich

Die Vereinbarung von Cancún bestätigt das Kopenhagener Abkommen

Cancún, den 11. Dezember 2010

Die Vereinbarung von Cancún bestätigt das „Abkommen“ von Kopenhagen, das völkerrechtlich nur ein Text von vielen war, auch wenn ihn die USA und China vorgeschlagen und die großen Nationen unterstützt hatten. Von nun an hat das Abkommen den Status eines UN-Dokuments und bildet einen weiteren Schritt zur Beendigung des Prozesses vom Kyoto-Protokoll. Es schreibt zwar – wie beim Kyoto-Protokoll vorgesehen - eine zweite Phase verbindlicher Zusagen zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen fest, aber ein Datum ist dafür nicht angesetzt.
Jedes Land darf das Bezugsjahr zur Berechnung seiner Verpflichtungen selbst bestimmen, und all die, die sich nicht für das im Kyoto-Protokoll festgelegte Jahr 1990 entscheiden, können sich so von dem verbindlichen Rahmen des Protokolls ausnehmen.
In diesem Sinn führt die Vereinbarung von Cancún rechtlich gesehen den in Kopenhagen vereinbarten Text fort, der diese Möglichkeit bereits in Aussicht gestellt hatte.

Der verabschiedete Text liegt sogar unter dessen Niveau: selbst wenn er sich auf die Arbeiten des Klimarats (IPCC, Intergouvernmental Panel on Climate Changes) bezieht, formuliert er keine konkreten Werte hinsichtlich der Begrenzung des CO_2-Ausstoßes. Die Forderung einer Reihe afrikanischer Länder, der kleinen Inselstaaten und zahlreicher Länder des Südens, ein solches Ziel in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen auf 1,5°C festzusetzen, ist fallen gelassen worden.

Ein Grüner Klimafonds ist zwar ins Leben gerufen worden, aber ohne jede Sicherheit dafür, dass Zahlungen geleistet würden, und die Weltbank soll dabei Hauptakteur sein.
Wo ist die Finanzierung der von den ärmsten Ländern geforderten Anpassung an den Klimawandel, während das Kapital es vorzieht, nach gewinnbringenden Geschäften in der Grünen Wirtschaft Ausschau zu halten?
Eine öffentliche Finanzierung über Abgaben – z.B. auf den Schiffs- oder Flugverkehr ist nicht ins Auge gefasst worden, genauso wenig wie eine solche über globale Steuern. Auf öffentliche Finanzierungen entfiele nur ein Anteil von 15%, während 85% durch den Kohlemarkt und den eigenen Beitrag der Länder des Südens zustande käme.
Umgekehrt öffnet der Text mit dem Ausbau des Kohlemarktes der privaten Finanzierung Tür und Tor: der Verkohlung der Erde, der Wälder, oder, mit einem Ausdruck der Sozialbewegungen, der „KoHlonisierung“, bei der die Kohle zu einer Art universeller, von der Weltbank verwalteter Geldwährung wird. Noch mehr?!

Man kann sagen, dass dieser „Sieg“ ein Rückschritt gegenüber den Beschlüssen der Bali-Konferenz ist, wo 2007 ein Ablaufplan festgelegt wurde, der zu einer neuen Phase verbindlicher Zusagen führen sollte! Und hier wird man sich nicht auf die Haltung Chinas berufen können, das klar seine Bereitschaft erklärt hatte, sich als Schwellenland zu verbindlichen Zusagen zu bekennen.

Unsere Unterstützung gilt dem von der bolivianischen Delegation verteidigten Standpunkt, die sich bis zuletzt dafür eingesetzt hatte, die Rechte der Menschen und der Völker und die Vorschläge der Sozialbewegungen geltend zu machen; gegenüber der Umtriebigkeit der Lobbys und der Kapitulation der Staaten hat sie dieser Konferenz ein politisches Rückgrat gegeben.
Bolivien hat wiederholt seine vehemente Ablehnung des Inhalts der Vereinbarung zur Sprache gebracht und darauf gedrängt, sie bekannt zu machen. Es hat seine Befürwortung des UNO-Prozesses gezeigt und betont, dass der von den Mächtigen so gepriesene Multilateralismus nicht mit Zurückstecken, Erpressung und Unterwerfung einhergehen kann.

Bis zur nächsten Etappe im südafrikanischen Durban müssen wir mit Koalitionen wie CJN ! (Climate Justice Now !), dem ATTAC angehört, mit dem internationalen Verband der Amis de la Terre und dem internationalen Bauernverband Via Campesina die nötige Dynamik und das Kräfteverhältnis schaffen, um einen Prozess aus der Sackgasse zu bringen, der beim jetzigen Stand auf die Herausforderungen der Klimakrise und ihre sozialen, ökologischen und politischen Folgen nicht angemessen antwortet.

http://www.france.attac.org/spip.php?article12040

Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche coorditrad-Übersetzerin, SiG-Redaktion

Zum Nachlesen in Sand im Getriebe Nr.79, 82 bis 86:

Systemwechsel statt Klimawandel- Erklärung von über 500 Organisationen, darunter attac; November 2009
Sand im Getriebe“ Nr. 79
http://sandimgetriebe.attac.at/8556.html

Auswertung des Klimagipfels in Kopenhagen, Dezember 2009:
Mehrere Artikel in „Sand im Getriebe“ Nr. 79
http://sandimgetriebe.attac.at/8536.html

Weltkonferenz über den Klimawandel und die Rechte von Mutter Erde in Cochabamba (Bolivien) von April 2010

Abkommen der Völker, 22 April 2010 in Cochabamba, Bolivien, http://sandimgetriebe.attac.at/8869.html

Ergebnisse der Arbeitsgruppen der Cochabamba-Konferenz. http://www.attac.de/uploads/media/ergebnisse_der_Arbeitsgruppen_in_Cochabamba_01.pdf

„Wir fordern die Zahlung der Klimaschulden"- Abschlussdokumente der Arbeitsgruppe Klimaschulden auf der Cochabamba-Konferenz, http://sandimgetriebe.attac.at/8910.html

"Wir wollen gehört werden!"-
Evo Morales zur Klimakonferenz,
http://sandimgetriebe.attac.at/8911.html

Stuttgart 21

Bündnis Bahn für Alle
Stuttgart 21 bleibt verkehrspolitisch falsch und weit überteuert
Sofortiger Baustopp und Volksabstimmung!

Das Bündnis Bahn für Alle lehnt den Schlichterspruch im Streit um den Stuttgarter Bahnhof entschieden ab. „*Stuttgart 21 ist mit oder ohne Plus verkehrspolitisch falsch und überteuert.*“ stellt Winfried Wolf vom Bündnis Bahn für Alle klar. „*Das Projekt wird mit Detailverbesserungen noch teurer und damit noch unwirtschaftlicher, die wichtigsten Mängel werden trotzdem nicht ausgeräumt: Auch Stuttgart 21 plus hat geringere Kapazitäten, ist unsicherer, nicht barrierefrei, verschlechtert das Stadtklima und ist mit acht oder zehn Gleisen als Knotenpunkt für einen integralen Taktfahrplan unzureichend*“, so Wolf.

Die Schlichtung fand unter der Prämisse statt, dass auch die Bahn als öffentliches Unternehmen dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet ist. Doch die Bahn kann nach parlamentarischer Beschlusslage jederzeit teilprivatisiert werden. Dann entfällt die Gemeinwohlverpflichtung. Vielmehr können zukünftige Aktienbesitzer eine Unternehmensführung mit dem Ziel der Renditemaximierung einklagen. „*Alles, was der Schlichterspruch jetzt an Gemeinwohlorientierung empfiehlt, ist damit hinfällig*“, sagt Carl Waßmuth von attac. „*Die Gründe für Heiner Geißlers Votum stehen im eklatanten Widerspruch zu seinem Anliegen, Schluss mit der „Basta“-Politik zu machen. Er kapituliert vor den geschaffenen Fakten, wenn er die hohen Ausstiegskosten als wichtigsten Grund angibt. So versucht der Schlichterspruch lediglich nachträglich, Stuttgart 21 zu legitimieren*“, so Waßmuth.

„*Trotz aller Nachbesserungen beinhaltet der Schlichterspruch den Weiterbau ohne Baustopp*.“ sagt Monika Lege von ROBIN WOOD. „*Das lehnen wir ganz klar ab*“. Während durch die Schlichtung der Anschein demokratischer Teilhabe nach dem skandalösen Polizeieinsatz am 30. September wieder hergestellt wurde, beginnt am Dienstag nächste Woche der erste Prozess gegen S 21-Gegner. Mehrere Umweltaktivisten, die ihrer Forderung nach einem Baustopp Ende August mit der Besetzung eines Abrissbaggers Nachdruck verliehen, wurden *wegen Hausfriedensbruchs angezeigt.* „*Die Bahn muss darauf hinwirken, dass die Anzeigen zurück gezogen werden*“, fordert Lege für das Bündnis Bahn für Alle. Bahn für Alle fordert als Konsequenz aus der Schlichtung einen sofortigen Baustopp für Stuttgart 21. Außerdem fordert das Bündnis einen Volksentscheid. „*Ein Volksentscheid nach der Landesverfassung ist sehr wohl möglich.*“, so Wolf. „*Das Parlament kann vor einer solchen Abstimmung erklären, sich an das Ergebnis der Befragung zu halten und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.*“ So kann endlich die lange überfällig demokratische Beteiligung der Bevölkerung gewährleistet werden.

Bahn für Alle, Berlin, den 1.12.2010
http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/stuttgart-21/stuttgart-21-bleibt-verkehrspolitisch-falsch-und-weit-ueberteuert.php



5.2.2011 Aktionstag:
Bürgerbahn
gegen Stuttgart 21
Ort: An möglichst vielen Bahnhöfen in Baden-Württemberg
Veranstalter: BUND & Campact

Wichtige Internetadressen:
http://www.bei-abriss-aufstand.de/
http://www.kopfbahnhof-21.de/
http://www.parkschuetzer.de

VCD und BUND: Kopfbahnhof 21 - Der Bahnhof mit Köpfchen (2007)
http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=200
Geislers Schlichterspruch im Wortlaut
http://www.sueddeutsche.de/politik/stuttgart-die-schlichtung-im-wortlaut-1.1030465





Carl Waßmuth (Attac, Bahn für Alle) & Detlev von Larcher (Attac)

Der schale Geschmack nach der Party

Viele Stuttgart 21-Gegner haben den politischen Coup, die Auseinandersetzungen mit Hilfe eines Schlichtungsprozesses zu befrieden, sehr kritisch betrachtet – und sich dann doch gedanklich und emotional mitreißen lassen. Nach dem Schlichterspruch bleibt nun ein schaler Geschmack zurück.

Ein gutes Buch, so eine Redewendung, muss bis zum Ende gut sein. Die wenigsten goutieren, dass es zum Schluss eines Romans auf einmal gänzlich unglaubwürdig wird oder plötzlich stark moralisierend. Auch die Schlichtung zog viele in den Bann wie ein Roman: Sie war spannend, sie war eine enorme Weiterbildung, sie hatte echte Akteure und war somit auch ein wenig Soap-Opera. Geißler verstand es zudem, gut zu unterhalten. Doch der Abschluss weckt Erinnerungen an die Anfangsskepsis: Geißler wird doch nicht so unbescheiden sein und versuchen, **sich vom Schlichter zum Richter aufzuschwingen**? Allem Anschein nach doch. Damit wird der Schluss auf einmal schal.
Daran ändert auch der Jubel nichts, den Geißler über den Schlichtungsprozess anstimmt – und in den alle Schlichtungsteilnehmer in braver Einhelligkeit einstimmen. Eine Feier der Demokratie, ein echtes Demokratie-Experiment, so noch nie da gewesen und wegweisend für zukünftige Auseinandersetzungen sollen wir miterlebt haben. Doch **der wahre demokratische Prozess fand schon vorher statt**: Zehntausende Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger sind aufgestanden, weil sie sich genau dieses aus der Klüngelwirtschaft geborene und im Hau-Ruck-Verfahren durch die Gremien geboxte Projekt nicht mehr zumuten lassen. Aus Sicht der der schwarz-gelben Landesregierung hatte der Schlichtungsprozess den strategischen Zweck, ihr rapide bröckelndes Ansehen wieder aufzubauen und derweil die Protestierenden samt politischer Opposition im Klein-Klein von Detaildiskussionen und Mikropolitik rund um das Bauvorhaben gefangen zu halten. Das Konzept ging auf. Dabei ging es nie nur um den Bahnhof selbst. Der Protest richtet sich auch gegen die Arroganz der Macht, Milliardenprojekte an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei zu kungeln, und ihre Ignoranz, Widerstand über Jahre abzukanzeln oder gar gewaltsam niederzuschlagen. Ein echtes Demokratie-Experiment hätte auch die Ursachen und Folgen solcher undemokratischen und gemeinschaftsschädigender Entscheidungs- und Durchsetzungsprozesse aufarbeiten müssen. Doch jedes Mal, wenn sich die Debatte in eine solche Richtung entwickelte, ging Geißler dazwischen und nahm die S21-Befürworter in Schutz.

Geißler postuliert zwar den "Schluss mit der Basta-Politik", steht dazu jedoch nicht nur mit dem Schlichtungsprozess, sondern auch mit der Begründung für sein abschließendes Votum im scharfen Widerspruch. Geißler kapituliert vor den geschaffenen Fakten. Recht bekommen die, die in Teilen schon Baurecht haben, die 15 Jahre früher beginnen durften, zu planen und planfeststellen zu lassen. Geld sollen die bekommen, die schon Geld ausgeben durften, und die gleichzeitig Ängste vor hohen Abbruchkosten wecken konnten – frei nach dem Motto: „dumm gelaufen, aber Aufhören ist jetzt einfach zu teuer". Wenn dieses Prinzip durchkommt, weswegen sollte jemand zu Beginn irgendeines unpopulären Großprojekts Methoden demokratischer Partizipation anwenden? Damit würde er ja das Projekt gefährden! Frühzeitiges Fakten-Schaffen hingegen wird offenbar belohnt, auch von Geißler. Zugleich wurde die Frage, welche Form direkter Demokratie nötig und möglich ist, bei der Schlichtung nicht untersucht. Die am weitesten gehende **Kompetenzüberschreitung Geißlers** in seiner Abschlussrede bestand darin, den Volksentscheid auszuschließen.

Das Argument, ein **Ausstieg aus S 21**, um K 21 zu verwirklichen, koste zu viel Geld, stempelt den gesamten vorhergehenden Schlichtungsprozess als Farce ab, denn dass ein Ausstieg aus dem laufenden Projekt Geld und eine Neuplanung Zeit kosten würde, war bereits vorher bekannt und ein Hauptargument der Befürworter. Wenn das für Geißler so wichtig ist, hätte er auf die Schlichtung verzichten können. Die Entgegnung der K 21 Befürworter, dass ihr Projekt ein Mehrfaches der "Ausstiegskosten" einsparen könnte, wischte Herr Geißler einfach vom Tisch.

Als besonders fatal für die Demokratie wird sich erweisen, dass die **Bahnprivatisierung** in keinem Punkt Berücksichtigung fand. Alle Ergänzungen, die S21 zu S21+ machen sollen, sind Hinzufügungen, die dem Gemeinwohl nutzen sollen. Umsetzen muss es aber die Bahn. Die DB AG kann und soll nach aktueller Beschlusslage teilprivatisiert werden. Spätestens dann sind alle Gemeinwohl-Versprechen Schall und Rauch. Die Privaten haben dann ein einklagbares Recht auf Verwendung ihrer Investition ausschließlich zur Renditemaximierung. Gegen alles Zusätzliche aus S21+, seien es Behinderten-Aufzüge oder erweiterte Rettungskonzepte, können und werden sie erfolgreich klagen.

Doch es gibt **auch Positives**: Die Veranstaltung war eine **gewaltige Volksbildung** in Sachen Schienenverkehr und bot den Kritikern von Stuttgart 21 ein wichtiges Podium. Wer die Schlichtungsdebatten im Einzelnen verfolgte, konnte schnell feststellen, dass der Kopfbahnhof 21 dem Projekt Stuttgart 21 in praktisch allen Bereichen überlegen ist. Zugleich entlarvte die Deutsche Bahn mehrfach ihre mangelhaften oder zu Recht manipulierten Planungsgrundlagen – durch fehlende Dokumente, falsche Angaben und lachhafte Geheimhaltungsauflagen.
Wichtigster Erfolg aber war bisher: Die Gegner von S21 haben sich nicht auseinander bringen lassen. Dafür haben sie allerdings einen sehr hohen Preis bezahlt, den die S21-Kritiker mit der Akzeptanz der Schlichtung sehenden Auges in Kauf nehmen mussten: Man musste akzeptieren, das Modell K21 dem Modell S21 zwecks Vergleichbarkeit gegenüber zu stellen. Tatsächlich ist bereits der Status Quo des Bahnhofs für einen ordentlichen Betrieb voll ausreichend, mit einer Renovierung für 500 Millionen würde er das gleiche leisten wie S21. Eine Abwägung pro S21 wäre unter Einplanung dieser Variante noch mal schwerer gefallen.

Dass die Schlichtung mit solch einer Abwägung, de facto einem (nicht autorisierten) Schiedsspruch endete, ist für den legitimen Protest gegen Stuttgart 21 ein ernstzunehmendes Problem. Die Zustimmung zur Teilnahme an der Schlichtung erfolgte aber keineswegs auf der Grundlage, dass man sich wie bei einem Schiedsgericht am Ende einem Urteil unterwirft. Im Gegenteil haben Millionen von Menschen die Schlichtung live oder im Internet verfolgt, um sich selbst ein Urteil zu bilden. Doch **Geißler** hielt sich nicht ans Gebot der Neutralität, er hat die Spielregeln geändert. Am Ende der Schlichtung **missbrauchte er seine Rolle zu Gunsten der S21-Betreiber**. Der Schlichtungsprozess taugt somit nicht als Vorbild für gelebte Demokratie. Er ist ein warnendes Beispiel für die Möglichkeiten, wie eine an sich sinnvolle Methode der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert werden kann, wie man legitimen Protesten durch Umarmung die Luft nimmt und ihnen die Spitze bricht.

Bleibt anzumerken, dass **Geißler weder für noch in Absprache mit und am wenigsten im Sinne von Attac gesprochen hat**, umgekehrt seine Attac-Mitgliedschaft aber benutzte, um sich als Schlichter erfolgreich anempfehlen zu lassen.

Die Gegner von S21sollten nicht resignieren und zusammen bleiben. Die Großdemonstration am 11. Dezember muss deutlich machen: wir setzen uns weiter mit Nachdruck für ein Modell ein, das sich in der Schlichtung als ökologischer erwiesen hat, als verkehrlich sinnvoll, stadtverträglich und behindertenfreundlich und das danach nur einen Bruchteil der Kosten und Risiken verursacht.

http://www.attac.de/aktuell/stuttgart21/schlichtungs-debatte/der-schale-geschmack-nach-der-party

Weitere Texte zu Stuttgart 21: http://www.attac.de/aktuell/stuttgart21/schlichtungs-debatte/

Winfried Wolf

Schwere Niederlage der S21-Gegner

Das Ergebnis der letzten Runde der Schlichtung zu Stuttgart 21 (S 21) stellt eine erhebliche Niederlage für die Bewegung gegen dieses die Stadt Stuttgart und den Bahnverkehr im Stuttgarter Raum zerstörende Großprojekt dar. Auf der anderen Seite sind die Bahn, die CDU und die Landesregierung in Stuttgart die Sieger. Grube und Mappus wussten, warum sie am Dienstag, dem 30. November 2010, dem Tag der Verkündigung des Schlichterspruchs in der Schlichterrunde Präsenz zeigen konnten. In Verkennung der Realitäten versucht das Aktionsbündnis K21 die Niederlage als einen Teilerfolg zu verkaufen. Die Erklärung des Aktionsbündnisses vom 30.11.2010 hat die ersten zwei Sätze: *″Wir haben es geschafft zu beweisen, dass K21 im ganzen Land als die bessere Alternative erkennbar wurde. Unser Konzept ist leistungsfähiger, ökologischer und finanzierbar.″* Warum hat man dann bloß dem Schlichterspruch, der eben nicht K21, sondern S21 als Grundlage hat, weitgehend zugestimmt?

Ausgangspunkt ist S21, ist die Stadtzerstörung

Der Schlichterspruch von Heiner Geißler lautet: S21 wird gebaut - als ″S21 plus″. Das heißt, dass der Bonatzbau weiter zerstört wird, dass der Kopfbahnhof aufgegeben wird, dass zehn Jahre lang ein neuer Bahnhof sieben Meter unter der Erde und als Zuläufe bis zu 60 Kilometer mit Tunneln gebaut werden. Auf diese Grundaussage haben sich nach außen *beide* Seiten geeinigt. Indem die Vertreter des Aktionsbündnisses den Nachbesserungen zustimmten, stimmen sie dieser Grundaussage zu. Nimmt man einmal an, alle zur Debatte stehenden Nachbesserungen an S21 würden realisiert, dann wäre ″S21 plus″ doch nie und nimmer ein sinnvolles Projekt. Es wäre in zweierlei Hinsicht sogar noch problematischer: Die Bauzeit wird sich nochmals deutlich verlängern und die Kosten liegen nochmals erheblich höher; das Projekt wird noch unwirtschaftlicher und für andere Schienenverkehrsprojekte im Land ist noch weniger Geld da.

Es gibt für real existierende Unternehmen und in der Betriebswirtschaft den Grundsatz der sunk costs: Wenn erkennbar ist, dass sich ein Projekt nicht rechnet, dass man am Ende deutlich mehr neues Geld investieren muss als die Alternative kostet, dann müssen vorausgegangene Ausgaben als verloren, als „sunk costs" verstanden werden. Da „sunk costs unabhängig davon bestehen, welche Entscheidung gewählt wird, dürfen sie bei einer rationalen Entscheidung zwischen Handlungsalternativen keine Berücksichtigung finden. Es handelt sich um entscheidungsirrelevante Kosten. Originellerweise rechnen so cool nur Kapitalisten. Die öffentliche Hand und der Schlichter hingegen führen immer wieder die bereits hohen Ausgaben für die bisherigen S21-Planungen und die hohen Kosten im Fall der Beendigung des Projekts als „Argument" an – für ein weiter so.

Die grundsätzlichen Argumente gegen S21 bestanden für die Bewegung gegen das Großprojekt nie darin, dass im Untergrund zwei Gleise fehlen. Wir sagten: Die Menschen sind keine Kellerkinder. Der Bonatzbau ist ein zu erhaltendes und in Gänze wieder aufzubauendes Wahrzeichen der Landeshauptstadt. Der Kopfbahnhof hat bewiesene unausgenutzte Kapazitäten von zusätzlichen 30 Prozent. Vor allem argumentierten wir schlicht und die Massen ergreifend: Warum muss etwas, was seit fast einem Jahrhundert funktioniert, zerstört werden, und etwas, was voraussichtlich nicht funktioniert und sündhaft teuer ist, zehn Jahre lang gebaut werden?

Es gibt keinen Baustopp – Die Bahn wird in Bälde weiterbauen

Bahnvorstand Volker Kefer sagte noch am Abend nach dem Schlichterspruch: ″Wir werden natürlich nicht morgen wieder die Bagger rollen lassen, aber wir werden weiterbauen, sobald uns das sinnvoll erscheint.″ Auch in dieser entscheidenden Frage gibt es seitens des Schlichters Geißler und seitens der S21-Betreiber die klare Ansage: Nachbesserungen hin und her - es gibt *keinen* Baustopp. Auch in diesem Punkt stimmen die Vertreter des Aktionsbündnisses dem Schlichtungsergebnis faktisch zu. In der Erklärung des Aktionsbündnisses vom 30.11.2010 – verfasst *nach* dem Schlichterspruch – heißt es: ″Wir bedauern sehr, dass die Angst vor einer Bauunterbrechung die Befürworter von S21 dazu bewogen hat, die grundlegenden Erkenntnisse der Schlichtung zu ignorieren.″ Im Grunde meint der Satz: ″Wir bedauern sehr, dass die Angst vor einer Bauunterbrechung die Befürworter von S21 dazu bewogen hat, den Bau nicht zu unterbrechen.″ Wenn die Nachbesserungen irgendeinen Sinn machen sollten und wenn die Zustimmung der S21-Gegner zu den Nachbesserungen als eine besonders raffinierte Taktik sein soll, dann müsste das mit einem Baustopp verbunden sein.. Diese Taktik scheint Boris Palmer zu verfolgen, wenn dieser sinngemäß argumentiert: „S21 wird damit immer teurer und am Ende unbezahlbar; man benötigt neue Planfeststellungsverfahren usw.". Nun gibt es aber erklärtermaßen keinen Baustopp. Damit aber werden ständig neue Fakten geschaffen, die die skizzierte Taktik – so fragwürdig sie an sich bereits ist – immer mehr ad absurdum führt.

Übrigens: Es war doch klar, dass Grube, Mappus & Co weiterbauen wollten. Mappus sagte immer, er werde alle möglichen Kompromisse mittragen *„unterhalb der Schwelle eines Baustopps."* Es ist der Schlichter Geißler selbst, der explizit sagt, dass es keinen Baustopp geben werde und der damit unzweideutig Partei ergreift für diese entscheidende Position der Landesregierung und der Bahn.

Die Wirkung der absehbaren Aufnahme der Baumaßnahmen – möglicherweise erst im kommenden Jahr, möglicherweise zunächst nicht in spektakulärer Form (noch kein Abriss des Südflügels) dürfte für die Bewegung demoralisierend sein. Zumal die Haltung des Bündnisses auch in dieser Frage ausgesprochen zweideutig ist.

Der Charakter der Nachbesserungen

Die geforderten Nachbesserungen sind vor dem Hintergrund der ersten zwei Bestandteile des Schlichterspruchs – Grundlage von allem weiteren ist S21; es gibt keinen Baustopp - kosmetischer Art. Nehmen wir nur die Formulierung von Geißler ″S 21 muss behindertenfreundlicher werden″: Wie kann ein grundsätzlich *behindertenfeindliches* Projekt auf diese Weise mit einer Nachbesserung veredelt werden? Im Grunde zeigte Geißler an diesem Punkt (der im übrigen in der Kommentierung des Schlichterspruchs nirgendwo erwähnt wird), wie zynisch er und die Veranstaltung ist, für die er Verantwortung übernahm. Vergleichbares gilt für Geißlers Aussage: ″S21 plus muss ökologischer werden″. S21 ist Stadtzerstörung pur. Eine Bebauung des Gleisfeldes oder größerer Teil desselben muss das Stadtklima im Kessel verschlechtern – so steht es noch in der K21-Broschüre, in der, dokumentiert mit Infrarotaufnahmen, verdeutlicht wird, dass das Gleisfeld an heißen Sommertagen in der Nacht kühlend auf das Stadtklima wirkt und dass jede zusätzliche Bebauung in dieser Kessellage das Stadtklima weiter aufheizt. Überhaupt: Warum soll es neue Bebauungen geben – nunmehr im Schlichterspruch noch sozial garniert: ″... auch für untere Einkommensgruppen″ -, wenn die Stadt

Jahr für Jahr Tausende Einwohner verliert (seit 1965 rund 80.000) – unter anderem weil das Stadtklima im Zentrum kritisch ist. Jede zusätzliche Bebauung – im übrigen: in der gegebenen gesellschaftlichen Situation sogar gerade ein Wohngebiet für sozial Schwache – ist mit zusätzlichem Autoverkehr im Zentrum verbunden. Die bisherigen Planungen sahen bereits mindestens 2000 zusätzliche Pkw-Stellplätze im Zentrum vor.

Und was sagt das Aktionsbündnis dazu? In der zitierten ersten Erklärung zum Schlichterspruch heißt es: ″Die Baugebiete müssen ökologisch und sozial mit Beteiligung der Bürgerschaft entwickelt werden. Die Frischluftschneise für die Stuttgarter Innenstadt wird nicht bebaut werden.″ Auch hier folgt man der fatalen Linie ″halb zog sie ihn, halb sank er hin″: Irgendwie will man mitbebauen. Die Tatsache, dass das gesamte Gleisfeld Stadtklima stabilisierend wirkt, taucht nicht mehr auf. Man wagt nicht, die nahe liegende Forderung zu formulieren: Was an Gleisen wegfällt – und bei K21 wurden ja auch 70 Hektar mit bisherigen Gleisanlagen zu frei verfügbaren Flächen – muss in erster Linie zu Stadtgrün, zu Vergrößerungen der Park- und Erholungsanlagen werden.

Im Übrigen gilt: Alle geforderten Nachbesserungen sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen. Eben weil die Punkte 1 und 2 – S21 ist die weitere Grundlage und es gibt keinen Baustopp - entscheidend sind. Bahnchef Grube äußerte sich in diesem Sinn. Man werde in den nächsten Tagen ″einen Streßtest machen″, um zu belegen, dass der Kellerbahnhof 30 Prozent mehr Leistung bringe. Im Klartext: Es wird eine weitere *Computersimulation* geben, die ″belegt″, dass die Forderungen aus dem Schlichterspruch irgendwie machbar sind. Und es wird dann keine Chance geben, öffentlichkeitswirksam darzulegen, dass diese Computersimulation praxisfremd und Schönrechnerei ist. Der Verweis darauf, dass das unabhängige Schweizerische Beratungsunternehmen SMA den Streßtest der Bahn prüfen soll, hat ebenfalls wenig Wert. SMA hatte in einer streng geheimen Prüfung zwar das Betriebskonzept für S21 als kaum praxistauglich verworfen. Doch als dies publik gemacht wurde, musste SMA eine Stellungnahme nachschieben, die im Sinne der Bahn interpretiert werden konnte. SMA ist, wie fast alle Unternehmen in diesem Bereich, von der DB AG und von anderen europäischen Bahnkonzernen, die sich fast alle auf Privatisierungskurs befinden, finanziell abhängig.

Im übrigen wird mit der Forderung, die Bahn müsse belegen, dass S21 um 30 Prozent leistungsfähiger als der bisherige Kopfbahnhof sei, die Realität auf den Kopf gestellt. Der bestehende Kopfbahnhof hat Leistungsreserven von deutlich mehr als 30 Prozent. Das muss nicht erst bewiesen werden. Heute gibt es im bestehenden Kopfbahnhof rund 650 Zugbewegungen am Tag . Im Sommerfahrplan 1969 waren es 809 Zugbewegungen am Tag; hinzu kamen mehr als 100 Bewegungen für die Ausfahrten abgekoppelter Loks und für das Bereitstellen von Speise-, Kurs- und Schlafwagen. Damit hat der Kopfbahnhof längst unter Beweis gestellt, dass er mehr als 30 Prozent unausgenutzte Kapazitäten hat. (Der Rückgang der Zugbewegungen, den es seit Mitte der 1970er Jahre gab, ist im wesentlichen auf die Inbetriebnahme des unterirdischen S-Bahntunnels unter dem Bahnhof hindurch zurückzuführen. Damit entfielen im Kopfbahnhof mehr als 150 so genannte Vorortzüge).

Kein Volksentscheid

Es soll keinen Volksentscheid – oder keine Befragung der Bürgerinnen und Bürger – geben. So der Schlichterspruch. Dazu heißt es in der ersten Erklärung des Aktionsbündnisses: ″Wir lehnen es ab, dass die Landesregierung keinen Weg akzeptiert hat, die Bürger in eine neue Entscheidungsfindung einzubeziehen. Wir setzen uns weiter für eine entscheidungsrelevante Bürgerbefragung ein.″ Die gewundene Formulierung ist Ausdruck des Unwohlseins oder besser: des Gefangenseins in einer ″Faulen-Kompromiss-Grundhaltung″. Es geht doch nicht um ″die Landesregierung″. Es geht darum, dass *der Schlichter Geißler* einen Volksentscheid ablehnt und dass im Schlichterspruch, für den man mitverantwortlich ist, keinerlei direkte Demokratie vorgesehen ist. Wenn Geißler sagt, es gebe für einen Volksentscheid ″keine Chance der Realisierung″ und ″die Landesverfassung gibt das nicht her″, dann ist das schlicht die Unwahrheit. Oder auch tricky business. Die Stadt Stuttgart kann die Bürgerinnen und Bürger zu S21 befragen – und vorab erklären, dass sie sich an das Ergebnis der Befragung halten und einen entsprechenden Beschluss im Gemeinderat analog zu der Befragung der Stuttgarter Bevölkerung fassen wird. Vergleichbares könnte – so das dann noch ansteht – zum Thema Neubaustrecke landesweit und dann im Landtag gemacht werden. Es ist sogar wahrscheinlich oder zumindest im Bereich des Möglichen, dass es ab dem 27. März 2011, 18.05 h, eine neue Mehrheit im Stuttgarter Landtag gibt, bestehend aus zwei Parteien, die eine solche de facto direkte Entscheidung der Bevölkerung fordern.

Geißler schiebt die Schuld am Fehlen direkter Demokratie auf ″die Verfassung″. Das Aktionsbündnis sieht die Verantwortung bei ″der Landesregierung″. Es ist aber der Schlichterspruch und der Schlichter selbst, die die realen Möglichkeiten für eine solche Entscheidung der Betroffenen negieren und die Möglichkeit direkter Demokratie blockieren.

Die Schlichtung als solche. Oder: Das Aktionsbündnis in der schlichten Falle

Ich bin nicht der Meinung, dass das Ja der S-21-Gegner zur Schlichtung falsch war. Wenn das Aktionsbündnis (oder dessen Mehrheit) Anfang Oktober ″Nein″ zur Schlichtung gesagt hätte, dann wäre das in der breiteren Bevölkerung kaum vermittelbar gewesen. Die Schlichtung als solche ist auch über weite Strecken als Errungenschaft und als positiv zu werten. Mit ihr konnten nicht nur Hunderttausende Menschen in Baden-Württemberg in die Debatte zu S21 einbezogen und diesen die Argumente des S21-Widerstands – überwiegend überzeugend – dargelegt werden. Vor allem konnten im Verlauf der Schlichtung viele neue Argumente gegen S21 vorgebracht oder bereits kursierende Argumente untersetzt und erhärtet werden. (Beispiele: Die tatsächliche Kapazität des Kopfbahnhofs Ende der 1960er Jahren – danke, Herr Hopfenzitz!; das Gefälle im S21-Tiefbahnhof – danke Her Happe!; die Behindertenfeindlichkeit von S21 – ein Dank an den Vertreter der Behinderten!; das Nichtfunktionieren des S21-Betriebsprogramms – danke, Boris Palmer und Klaus Arnoldi!).

Eine immanente Kritik am Schlichtungsprozess aus meiner Sicht betrifft zwei Aspekte.

Erstens ließ man sich oft zu sehr auf die Ebene ein, die die S21-Befürworter bevorzugt: Man will irgendwie doch freiwerdende Flächen bebauen – mit einer ″green city″; man will doch irgendwie auch schneller und über eine Neubaustrecke über die Alb; man will doch irgendwie den Flughafen auch noch stärker an die Schiene anbinden. Am Ende einer der letzten Schlichtungsrunden fragte Heiner Geißler mehrmals alle in der Schlichtungsrunde: „Im Saal ist aber jetzt niemand, der die alte Strecke über Geislingen verteidigt.“ Und es herrschte Schweigen. Warum sagte man da nicht. „Doch. Wir sind für die Beibehaltung der bestehenden Strecke über Geislingen mit 21 Promille Steigung. Ja, wir sind gegen eine Neubaustrecke entlang der Autobahn, die in der aktuellen Planung 31 Promille Steigung hat und die in jedem Fall steiler als die Geislinger-Strecke ausfallen muss. Eine solche Neubaustrecke schließt herkömmlichen Güterverkehr ganz und viele klassischen Züge aus. Wissen Sie, Herr Geißler, ein großer Teil des Streckennetzes besteht aus Strecken, die 100 und mehr Jahre alt sind. Diese tun ihre guten Dienste. Und die bestehende Geißlinger-Steig.-Strecke musste bereits einmal 25 bis 30 Prozent mehr Leistung erbringen. Sie hat also Leistungsreserven. Im übrigen, Herr Geißler, kommt *konservativ* von *conservare = erhalten*. Es macht oft Sinn, etwas Bewährtes zu erhalten. So auch im Fall dieser bestehenden Schienenverbindung, die op-

timiert werden kann, die aber keiner Neubaustrecke bedarf."

Zweitens fehlte oft der politische Kontext, in dem S21 und die NBS zu sehen ist. S21 ist Teil des Projektes Bahnprivatisierung (und wurde daher vier Monate nach der Bahnreform vom Dezember 1993 erstmals präsentiert); die Bahnprivatisierung wiederum hat in ihrem Zentrum die Vermarktung Tausender Hektar von Bahnflächen zur privaten Gewinnerzielung einzelner. Ganz aktuell: Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsprogramm festgelegt, dass sie an der Bahnprivatisierung festhält. Es gibt auch einen bis heute gültigen Bundestagsbeschluss vom Mai 2008, wonach so bald als möglich 24,9 Prozent der DB ML (= Nahverkehr, Fernverkehr, Güterverkehr der Bahn und die gesamte weltweite Logistik) an private Investoren zu verkaufen sind. Das gesamte Projekt S21 wird sich völlig anders darstellen, wenn diese im Detail bereits vorbereitete Bahnprivatisierung vollzogen wird, weil dann die privaten Investoren als Anteilseigner an der DB ML vom Eigentümer des S21-Bahnhofs und der Tunnelanlagen und der NBS Wendlingen – Ulm immense Nachforderungen werden stellen können (unter Verweise auf zu hohe Kosten und zu niedriger Rendite bei der Nutzung von S21 und NBS).

Es gab einen entscheidenden Punkt, an dem die Schlichtung sich als Manöver, als parteiliche Veranstaltung erwies und an dem der Schlichter erkennbar nicht mehr als ehrlicher Makler agierte: Das war der Zeitpunkt am vergangenen Freitag, dem 26. November 2010, als Geißler über die ″Frankfurter Allgemeine Zeitung″ kundtat, wie sein Schlichterspruch ausfallen werde. Geißler wählte bewusst diese Form eines Versuchsballons. Im Grunde sagte er dort, was er auch heute im Schlichterspruch formulierte. Als er sah, dass die S21-Gegner trotz seiner absehbar klaren Parteinahme für S21 als Grundprojekt nicht Konsequenzen ziehen und nicht aus der Schlichtungsrunde ausscheiden würden, feilte er in den folgenden Tagen daran, aus einer einsamen Entscheidung eines Schlichters, der seine Kompetenzen überschreitet, einen weitgehend von beiden Seiten getragenen Schlichterspruch zu formulieren.

Geißler taktierte dabei erfolgreich. Der Spiegel: ″Jetzt hat das umstrittene Bahnhofsprojekt von Mappus das Siegel des Edelvermittlers (...) Diese Schlichtungsrunde war ein ungemein gut getarntes trojanisches Pferd, das Mappus hinein in die Reihen seiner Kontrahenten geschoben hat (...) Schlichtung kommt auch von schlicht: Und schlicht und ergreifend ist es nun so, dass die Boris Palmer und andere nun nicht mehr Sturm laufen können gegen ein modifiziertes Stuttgart 21, das durch Geißlers Schlichtung veredelt wurde.″ (Spiegel online; 30.11.2010; 19.31h). Am Tag zuvor konnte man bereits der ″Financial Times Deutschland″ entnehmen: ″Heimliche Sieger in Geißlers Schlichtungsshow: Heiner Geißler hat die CDU gerettet.″ (FTD vom 29.11.2010). Am 1.Dezember 2010 macht die ″Süddeutsche Zeitung″ auf mit: ″Geißler: Stuttgart 21 ist grundsätzlich richtig.″ Nach dem Schlichterspruch bilanzierte die „Financial Times Deutschland": „Geißlers Schlichterspruch produziert Gewinner – die Bahn und die schwarz-gelbe Landesregierung – und Verlierer – die Verfechter eines sanierten Kopfbahnhofs." (FTD vom 1.12.2010).

Es gab mehrere Punkte in der Schlichtung, an denen es denkbar gewesen wäre, dass die Vertreter des Aktionsbündnisses die Schlichtung verlassen hätten – oder ultimativ präzise Forderungen hätten aufstellen müssen, wenn der Schlichtungsprozess fortgesetzt werden sollte: Viele für den Bau von S21 entscheidende Dokumente blieben geheim – da galt dann nicht ″alle Fakten auf den Tisch″. Man ließ die Lüge durchgehen, im geheimen, bahn-internen „BAST-Dokument" von Ende 2002 habe es einen Vertipper gegeben; damals sei man noch nicht, wie geschrieben, von „4,2 Milliarden Euro″, sondern tatsächlich von ″4,2 Mrd. DM″ ausgegangen (alle anderen Angaben im „BAST"-Dokument sind in Euro angegeben). Die im ″Stern″ während der Schlichtung erstmals publizierte Enthüllung belegte, dass die DB AG acht Jahre lang die Öffentlichkeit über die wahren Kosten täuschte – und die tatsächlichen aktuellen Kosten (die die Bahn seit Sommer 2010 mit 4,2 Milliarden Euro angibt) also heute nicht auf dem Niveau von 2002 liegen können, sondern nochmals deutlich höher liegen müssen.

Und natürlich gab es die Situation mit dem zitierten Geißler´schen Versuchsballon vom vergangenen Freitag, wonach Grundlage seines Schlichterspruchs der Bau von S21 sein werde – spätestens dies hätte Anlass sein müssen, zumindest ab diesem Zeitpunkt klarzumachen, dass es keinerlei Konsens geben werde und man zurückkehrt auf den Stand von Anfang Oktober 2010 – und zur breiten Mobilisierung gegen S21.

Geißlers Hinwendung zu S21 als dem zukünftig in Stuttgart zu realisierenden Projekt muss als zynisch, machtpolitisch und sachlich nicht begründet bezeichnet werden. Es gab im Verlauf der gesamten Schlichtung bei jeder Art objektiver Wertung *keinerlei sachlichen Grund* dafür festzustellen, dass der Bau eines Kellerbahnhofs mit der weitgehenden Zerstörung des bestehenden Kopfbahnhofs das überzeugendere Projekt sein würde. Im Gegenteil – während der Schlichtung wurden immer neue Argumente gegen S21 öffentlich gemacht. Es ist an dieser Stelle nicht entscheidend darüber zu mutmaßen, welche Gründe es für die Geißler´sche Entscheidung gibt. Sicher ist, dass er hier wieder zum unsachlichen Parteipolitiker wurde, der er jahrzehntelang war (und wo viele, darunter auch ich, wochenlang – in den ersten Wochen der Schlichtung – davon ausgegangen waren, dass er diese Periode hinter sich gelassen habe).

Was sagt das Aktionsbündnis zum Thema ″Schlichter in der Endphase″? In der zitierten Erklärung heißt es in deutlicher Verkennung der Situation: ″Wir betrachten die Ergebnisse der Schlichtung als Fortschritt und danken Heiner Geißler für seine intensiven Bemühungen.″

Folgen und ″Wie weiter?″

Das Ende der Schlichtung ist eine schwere Niederlage für die Bewegung gegen S21. Das Wichtigste zunächst besteht darin, das zu erkennen und es anzuerkennen. Jedes Schönreden verschlechtert die Situation. Jede weitere Orientierung auf die ″Taktik″, ″möglichst viele und teure Nachbesserungen bringen S21 vielleicht doch noch zu Fall″ führt tiefer in die Niederlage.

Wir müssen auch in Rechnung stellen, dass die Niederlage negative Folgen für die weitere Kampagne gegen S21 haben wird. Vor allem gibt es nun eine realistische Gefahr der Spaltung – derjenige Teil der Bewegung, der die Schlichtung bereits Anfang Oktober ablehnte, wird sich bestätigt fühlen. Die Rechtfertigung derjenigen, die als Vertreter des Aktionsbündnisses die Schlichtung bis zum Ende mittrugen, man habe auch in der Endphase richtig gehandelt, wird die Gefahr der Spaltung erhöhen. Schließlich gibt es das Bestreben von Teilen des Aktionsbündnisses, ab dem 28. März 2011 auf ein Mitregieren im Land zu orientieren. Das geht nur entweder mit der SPD oder mit der CDU. Beide genannten Parteien wollen grundsätzlich und mehrheitlich S21 realisieren.

Im Grunde wäre so etwas wie ein ″Großer Ratschlag″, auf dem die Bewegung in der gesamten Breite zwei Tage lang Bilanz ziehen und sich gemeinsam auf das weitere Vorgehen verständigen würde, angesagt.

Und natürlich gilt: Es kommt in dieser Situation darauf an, den Protest auf der Straße wieder zu verstärken. Unter anderem durch eine breite Beteiligung an der bundesweiten Demonstration in Stuttgart am 11.Dezember. Es waren in erster Linie die 15 Jahre währenden außerparlamentarischen Aktivitäten und die nun ein Jahr andauernden breiten Mobilisierungen auf den Straßen und im Schlossgarten, die den Erfolg – auch den Erfolg der öffentlichen Schlichtung – ermöglichten. Diese Orientierung muss nun wieder verstärkt aufgegriffen werden.

http://www.bei-abriss-aufstand.de/2010/12/01/winfried-wolf-schwere-niederlage-der-s21-gegner/

Aufrüstung – global

THOMAS WAGNER

Freie Fahrt für Handelskriege

Karl-Theodor zu Guttenberg bereitet die Öffentlichkeit auf künftige Militärinterventionen der Bundeswehr vor

10. November 2010 –



Immer deutlicher zeigt sich, was Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) mit seiner Bundeswehrreform eigentlich bezweckt: Die Befähigung deutscher Truppen jederzeit und an jedem Ort die ökonomischen Interessen mit Deutschland verbundener Konzerne durchzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer global einsatzfähigen, offensiven Kampftruppe umgebaut werden.

Im Unterschied zu seinem glücklosen Amtsvorgängers Franz Josef Jung (CDU) ist es Guttenberg gelungen, das vom Bundeswehroberst Klein befohlene Massaker von Kundus dazu zu nutzen, rhetorisch in die Offensive zu kommen. Dabei half ihm die flankierende Berichterstattung von *Bild* und *Spiegel*, missliebige Mitarbeiter aus seinem Ministerium zu entfernen und die friedliebende Öffentlichkeit Stück für Stück an die unbequeme Wahrheit heranzuführen, dass deutsche Soldaten in Afghanistan einen schmutzigen Krieg führen. (1)

Dazu galt es zunächst, das lange Zeit verbreitete Bild vom Soldaten als Entwicklungshelfer sowie jene humanitäre Rhetorik beiseite zu schieben, mit der die deutsche Bevölkerung zwei Jahrzehnte lang allmählich an die Auslandseinsätze der Bundeswehr gewöhnt worden war. Guttenberg habe das Wort Krieg wieder gesellschaftsfähig gemacht, zitiert seine Biographin Anna von Bayern einen ungenannt bleibenden Beobachter: „*Es klinge nicht mehr schmuddelig, sondern nach Anstand und Tugend, Stolz und Ehre*.“ (2)

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Verteidigungsminister setzte Guttenberg zunächst die Sprachregelung durch, dass es sich in Teilen Afghanistans um „*kriegsähnliche Zustände*“ handele, in denen „*Rechtssicherheit für Soldaten*“ geschaffen werden müsse. Infolge des Schusswaffengebrauchs dürften diese nicht in Gefahr geraten, durch die Staatsanwaltschaft verfolgt zu werden.

In einem zweiten Schritt betonte er, dass der Krieg allein militärisch nicht gewonnen werden könne und erklärte, die so genannte Zivil-Militärische Zusammenarbeit im engen Schulterschluss mit den USA und im Rahmen des durch Präsident Barack Obama eingeleiteten Strategiewechsels ausbauen zu wollen. Damit ordnet er die Bundeswehr der US-Strategie des Partisanenkrieges unter.

Als begeisterter Transatlantiker hatte Guttenberg schon zu Beginn seiner politischen Laufbahn interventionistische Positionen vertreten und nach mehr „Verantwortung“ Deutschlands auf der internationalen Bühne gerufen. Er hat den Afghanistan-Krieg schon vehement unterstützt, als er noch Obmann des Auswärtigen Ausschusses und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle war. Am 9. November 2010 hielt der Minister anscheinend die Zeit für gekommen, der Bevölkerung mitzuteilen, dass Bundesangehörige künftig ganz selbstverständlich für Wirtschaftsinteressen ihr Leben lassen sollen.

Ökonomie und Militärpolitik

In seiner Eröffnungsrede auf dem 9. Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskongress in Berlin, veranstaltet vom *Behörden Spiegel*, sagte Guttenberg unmissverständlich: „*Heute wird unsere Sicherheit unter anderem ja durch internationalen Terrorismus, regionale Instabilitäten, organisierte Kriminalität, Piraterie und die hohe Verwundbarkeit unserer Handelswege gefährdet.*“ (3)

Außerdem erklärte er: „*Schwellenländer wie China, Indien oder auch Indonesien betrachten die Durchsetzung nationaler Interessen als Selbstverständlichkeit*.“ Der Verteidigungsminister unterstrich, der Bedarf dieser aufstrebenden Mächte an Rohstoffen steige ständig und trete damit „*zunehmend mit unseren Bedürfnissen in Konkurrenz. Dies kann zu neuen Spannungen, Krisen und Konflikten führen*“. Darauf müsse Sicherheitspolitik eine Antwort finden. (4) Der CSU-Politiker monierte, dass es in gewissen Kreisen immer noch als „*überaus verwegen*“ gelte, den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Sicherheitspolitik herzustellen. Stattdessen sollte man „*offen und ohne Verklemmung*“ damit umgehen. In diesem Zusammenhang brach er eine Lanze für den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler, der wegen ähnlicher Äußerungen, für die er scharf kritisiert wurde, vor knapp einem halben Jahr aus dem Amt geschieden war.

Köhler hatte damals in einem Interview gesagt: „*Meine Einschätzung ist aber, dass wir insgesamt auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Bei-*

spiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen – negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“ (5) Gutenberg sagte dazu, „*ich frage mich bis heute, was so verwegen an dieser Aussage war*“. Und weiter: „*Ich hätte mir von uns allen etwas mehr Unterstützung in dieser Fragestellung gewünscht*.“ Der Verteidigungsminister betonte, dass eine Verknappung nicht ohne Einfluss auf die industrielle Leistungsfähigkeit und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands bleibe. „*Da stellen sich Fragen auch für unsere Sicherheit, die für uns von strategischer Bedeutung sind.*“ (6)

Weltkrieg niederer Intensität

Marc Lindemann, ein ehemaliger Bundeswehr-Nachrichtenoffizier, hatte zu Anfang dieses Jahres geschrieben, dass es sich beim Afghanistankrieg schon heute um den Teilschauplatz eines Weltkriegs niederer Intensität handelt, der kein voraussehbares Ende hat. „*Unsere Soldaten befinden sich an einem Kriegsschauplatz von vielen und kämpfen nur einen der vielen Feldzüge in einem Krieg mit globalem Ausmaß. Andere werden zur See vor der Küste Somalias ausgetragen, und schon morgen kann der Krieg Feldzüge im Iran, in Indonesien oder in Afrika notwendig machen*“, so Lindemann in seinem Buch „*Unter Beschuss. Warum Deutschland in Afghanistan scheitert*.“ (Econ Verlag, Berlin 2010)

Heute wird immer deutlicher, dass er damit die strategischen Überlegungen des Verteidigungsministeriums ziemlich genau umrissen hat. Guttenberg betonte auf besagter Sicherheitskonferenz: „*Denken wir aber nicht nur an Afghanistan. Auch Entwicklungen im Jemen und in Somalia oder morgen vielleicht in Staaten der Sahelzone haben das Potenzial, unsere Sicherheit direkt oder indirekt zu bedrohen. Ein Beispiel dafür sind die versuchten Anschläge mit Paketbomben getarnt als Luftfracht gerade mal in der letzten Woche.*“ (7)

Noch verschweigt Guttenberg, was für Marc Lindemann ein unausweichlicher Sachzwang ist: Die Brutalisierung, die mit der Ausdehnung der Strategie der Aufstandsbekämpfung auf immer mehr Gebiete des Globus einhergeht. Die Allianz des Westens habe ihre Kriegsführung „*anpassen müssen, um einer vollkommenen Ohnmacht zu entgehen: mit Tötungslisten, Gefangenenlagern in Guantánamo und Bagram, Foltergefängnissen in Drittländern, Drohnenangriffen in Pakistan und vielem mehr*“, so Lindemann.

Was den Afghanistan-Einsatz betrifft, plädiert Lindemann für eine forcierte Zusammenarbeit der Bundeswehr mit lokalen Warlords und bekannten Kriegsverbrechern nach dem Vorbild der blutigen französischen Kolonialpolitik in Afrika: „*Dutzende Potentaten wurden zunächst in Frankreich ausgebildet und putschten sich später in ihrem Staat an die Macht. Dies geschah nicht selten mit Unterstützung des französischen Geheimdienstes und einer Söldnertruppe. Ganz so abenteuerlich sollte es heute zwar nicht mehr zugehen, im Kern jedoch wäre das Vorgehen das gleiche.*“

Während der Verteidigungsminister in dieser Hinsicht zurückhaltend bleibt, wagt er sich in einem anderen Punkt noch viel weiter heraus, als Lindemann. Er betont nämlich, dass die deutschen Wirtschaftsinteressen nicht nur im Süden sondern auch in der Arktis militärpolitisch bedacht werden müssten: „*Im übrigen, wenn wir über Handelswege sprechen, bin ich gespannt, wann endlich eine Diskussion etwas mehr an Zugkraft gewinnt. Nämlich dass wir nicht nur über Handelswege am Horn von Afrika, an der Straße von Malakka oder andernorts sprechen, sondern beispielsweise auch im höchsten Norden dieser Erde, wo wir durch die Veränderungen des Klimas plötzlich ganz andere sicherheitspolitische Herausforderungen noch vor uns haben und ich andere Nationen sehe, die sich in dieser Frage bereits sehr, sehr intensiv aufstellen.*“ (8) (…)

Anmerkungen und Quellen

(1) Vgl. Thomas Wagner: Hand in Hand mit Guttenberg, http://www.jungewelt.de/2010/09-04/019.php?sstr=; sowie für eine umfassende Darstellung und Bewertung aktueller Entwicklungen in der deutschen Militärpolitik den vorzüglichen von Mario Tal (Hg): Umgangssprachlich Krieg. Testfall Afghanistan und deutsche Politik. Köln, Papyrossa 2010
(2) Anna von Bayern: Karl-Theodor zu Guttenberg. Aristokrat, Politstar, Minister, Fackelträger Verlag, Köln 2010
(3) http://www.podcast.de/episode/1887587/Berliner_Sicherheitskonferenz_mit_Rede_zu_Guttenberg
(4) http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article1691013/Guttenberg-tritt-in-Koehlers-Fussstapfen.html
(5) zitiert nach: http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsaetze-koehler-wirtschaftsinteressen-militaerisch-durchsetzen-1.950594
(6) zitiert nach: http://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehreinsaetze-koehler-wirtschaftsinteressen-militaerisch-durchsetzen-1.950594
(7) http://www.podcast.de/episode/1887587/Berliner_Sicherheitskonferenz_mit_Rede_zu_Guttenberg
(8) http://www.podcast.de/episode/1887587/Berliner_Sicherheitskonferenz_mit_Rede_zu_Guttenberg

Vollständiger Text:
http://www.hintergrund.de/201011101239/politik/inland/freie-fahrt-fuer-handelskriege.html

Graphik aus http://www.tlaxcala-int.org/

Urgewalt e.V. : Deutsche Banken investieren in Streumunition

Am 1. August 2010 trat das internationale Abkommen zur Ächtung von Streumunition in Kraft. Unbeeindruckt von diesem Verbotsvertrag investieren viele deutsche Banken und Versicherer noch immer in die Hersteller von Streumunition. In einem Umfang von mindestens 1,3 Mrd. Euro. Unangefochtener Spitzenreiter unter den deutschen Banken im Geschäft mit Streumunitionshersteller ist die Deutsche Bank Group. (…) Und auch der öffentliche Bankensektor ist mit dabei.
Besonders makaber: Auch die private Altersvorsorge schließt diese explosiven Investments nicht kategorisch aus. Mindestens 21 Anbieter der öffentlich geförderten „Riesterfonds“ sind aktuell mit ca. 500 Mio. Euro in die Hersteller geächteter Waffen investiert. Gegen eine derartige Verwendung von Riester-Geldern spricht sich auch der frühere Sozial- und Arbeitsminister Walter Riester aus.
Die Bundesregierung sieht das anders: Sie unterstützt ein solches Investment im Rahmen der Riesterförderung weiter mit Steuergeldern und bezeichnet es als grundsätzlich legal. Andere EU- und NATO-Partner haben diese tödlichen Investments längst verboten.
Urgewald e.V und das neu gegründete und EU-geförderte NRO-Bündnis FACING FINANCE fordern: "Im Interesse potentieller Opfer muss jedwedes Investment in völkerrechtswidrige Waffen umgehend per Gesetz verboten werden, da eine reine Selbstverpflichtung der Finanzbranche nachweislich nicht ausreicht."
http://www.urgewald.de/index.php?page=3-64-156&artid=348&stwauswahl=

Tödlicher Profit. Deutsche Banken und ihr Investment in Streumunition und Antipersonenminen (16 Seiten)
http://www.urgewald.de/_media/_docs/Todsicher%20Final%203b%20%28klein%29.pdf

Prof. Dr. Gregor Schirmer

Der Afghanistan-Krieg und das Völkerrecht

Statement auf dem Antikriegskongress an der TU Berlin am 26. November 2010

Erstens

Es gibt zwar bis heute noch keine allgemein anerkannte und verbindliche Definition von „Terrorismus“. Aber es steht wohl außer Zweifel: Die Anschläge vom 11.9.2001 in den USA waren ein schweres Verbrechen sowohl nach dem innerstaatlichen Recht der USA als auch nach den damals gültigen Normen des Völkerrechts. Dieses Verbrechen hätte auf der internationalen Ebene mit den im Völkerrecht vorgesehenen Mitteln der Zusammenarbeit der Staaten auf polizeilichem und justiziellem Gebiet verfolgt werden müssen und können. Dazu wurde nicht der geringste Versuch unternommen.

Stattdessen begannen die USA, gefolgt von Großbritannien und anderen Nachläufern – nach Drohungen und Ankündigungen – am 7. Oktober 2001 eine bewaffnete Intervention mit den Ausmaßen eines Krieges gegen das Mitglied der Vereinten Nationen, den souveränen Staat Afghanistan. Zynischer Weise wurde die Intervention „Operation Enduring Freedom“ (OEF) genannt.

Dieser Krieg war und ist auf Seiten der Interventen ein grober Verstoß gegen das grundlegende Prinzip des Völkerrechts in Art. 2 Ziffer 4 der UNO-Charta, wonach die Androhung und Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen einem strengen Verbot unterliegt.

Er war und ist ein Aggressionskrieg, der nach der Deklaration der UNO über die Prinzipien des Völkerrechts von 1970 und nach der allgemein anerkannten Definition der Aggression von 1974 als ein Verbrechen gegen den Weltfrieden zu bewerten ist. Für dieses Verbrechen tragen die USA und ihre Verbündeten die Verantwortung.

Zweitens

Der Krieg kann durch das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, das in Art. 51 der UNO-Charta verankert ist, nicht gerechtfertigt werden.

Afghanistan hat keinen bewaffneten Angriff gegen die USA geführt. Die Terrorakte vom 11.9. könnten nur dann als Angriffsakte dem afghanischen Staat zugerechnet werden, wenn die Terroristen im Auftrag oder unter dem Schutz der damaligen Regierung der Taliban gehandelt hätten. Dafür liegen bis heute keine Beweise vor. Die Verantwortung der Al Qaida und der Taliban für die Terroranschläge ist bloße Behauptung. Damit entfällt auch die rechtliche Grundlage für den Beschluss des Nordatlantik-Rats vom 12.9.2001, mit dem der Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrags erklärt wurde. Dieser Artikel statuiert eine Beistandsverpflichtung der NATO-Mitglieder für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf ein Mitglied. Ein solcher Fall lag nicht vor. Der Beschluss steht nicht im Einklang mit dem NATO-Vertrag. Er ist bis heute nicht aufgehoben.

Drittens

Der UNO-Sicherheitsrat hätte – wenn er seine Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ernst genommen hätte – das kriegerische Vorgehen der USA verhindern und verurteilen müssen. Er hat das nicht getan. Der Rat hat aber dem Krieg auch keine Legitimation erteilt. Die Resolution 1368 vom 12.9.2001, angenommen einen Tag nach den Anschlägen, trifft in ihrer Präambel allgemeine Feststellungen über die Entschlossenheit, Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit durch terroristische Akte mit allen Mitteln zu bekämpfen, und über die Anerkennung des Rechts auf Selbstverteidigung. Im Beschlussteil enthält die Resolution keine Auflassung zu militärischen Sanktionen gegen Afghanistan.

Sie beruft sich gar nicht auf Kapitel VII der Charta, der einzig möglichen Rechtsgrundlage für militärische Sanktionsmaßnahmen. Die Resolution erklärt die Terrorakte zu Recht zu einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit und ruft alle Staaten zur Zusammenarbeit auf, um die Täter, Organisatoren und Sponsoren dieser terroristischen Angriffe vor den Richter zu bringen und hebt hervor, dass auch deren Helfershelfer verantwortlich gemacht werden. Aus dieser Resolution 1368 ist jedoch keine Genehmigung des Krieges durch den UNO-Sicherheitsrat herauszulesen.

Nach der Eroberung Kabuls und dem Sturz der Taliban-Herrschaft hat der Sicherheitsrat am 20.12.2001 eine zweite Resolution 1386 verabschiedet. Sie enthält keine nachträgliche und rückwirkende Billigung des Krieges. Allerdings wurde durch diese Resolution ein Besatzungsregime sanktioniert, das völkerrechtswidrig ist, weil es mit einem Aggressionskrieg begründet wurde. Aus einem völkerrechtswidrigen Krieg kann kein völkerrechtsgemäßes Besatzungsregime hervorgehen. Unter Berufung auf Kapitel VII der Charta wurde mit dieser Resolution die heute unter NATO-Oberbefehl agierende ISAF (International Security Assistance Force) eingerichtet, die die afghanischen Behörden bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit unterstützen soll, in Wirklichkeit aber zusammen mit der OEF den Krieg weiterführt.

Viertens

Im Verlauf des Krieges wurden und werden von allen beteiligten Seiten schwere Verstöße gegen das humanitäre Kriegsrecht begangen. Insbesondere sind Verstöße der Besatzer zu registrieren gegen die Genfer Abkommen von 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen und über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, gegen die Zusatzprotokolle von 1977 zu diesen Abkommen über den Schutz der Opfer in internationalen und in nichtinternationalen bewaffneten Konflikten, gegen den Pakt über bürgerliche und politische Menschenrechte von 1966, gegen das Übereinkommen von 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können und gegen das Übereinkommen gegen Folter von 1984.

Einen hinreichenden Verdacht für ein Kriegsverbrechen liefert zum Beispiel die Bombardierung bei Kunduz, die von einem deutschen Offizier befohlen wurde und durch die nach NATO-Einschätzung bis zu 142 Menschen, darunter viele Zivilisten getötet und weitere verletzt wurden. Es besteht hinreichender Grund zur Annahme, dass es sich um eine schwere Verletzung von Art. 51 des 1. Zusatzprotokolls bzw. von Art. 13 des 2. Zusatzprotokolls handelt, wonach die „Zivilbevölkerung oder einzelne Zivilpersonen … allgemeinen Schutz vor den von Kriegshandlungen ausgehenden Gefahren“ genießen. Die Bundesstaatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren pflichtwidrig eingestellt.

Fünftens

Neun Jahre nach Beginn des Krieges ist festzustellen, dass der völkerrechtswidrige Aggressionskrieg der USA und ihrer Verbündeten fortdauert. Es besteht trotz fortschreitender so genannter „Afghanisierung“ der Konflikte und Übertragung von Verantwortung an afghanische Stellen ein völkerrechtswidriges Besatzungsregime. Unter diesem Regime können die Afghanen ihr Selbstbestimmungsrecht nicht verwirklichen.

Die ursprünglich mit unterschiedlichen Aufgaben und Zielen deklarierten Kriegseinsätze OEF und ISAF sind zu einem einzigen, nicht mehr auseinander zu haltenden völkerrechtswidrigen Kriegsunternehmen verschmolzen.

An diesem Krieg beteiligt sich Deutschland mit etwa 5.000 Bundeswehrsoldaten unter Verletzung des Vertrags von 1990 über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, nach dessen Artikel 2 „von

deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Der bewaffnete Widerstand der Taliban gegen die Besatzer ist – bei Einhaltung des geltenden Kriegsrechts – völkerrechtlich zulässig, weil er Ausübung des Selbstverteidigungsrechts gegen eine Aggression darstellt. Zudem herrscht ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung und aufständischen Taliban und anderen Gruppierungen, in den sich die Besatzungsmächte einseitig zugunsten der Regierung und mit bewaffneter Gewalt durch Bekämpfung der Aufständischen einmischen. Das widerspricht dem völkerrechtlichen Interventionsverbot. Das ist ebenfalls ein allgemeinverbindliches Prinzip des Völkerrechts. Danach darf sich kein Staat in die inneren Kämpfe eines anderen Staates einmischen, schon gar nicht mit bewaffneter Gewalt. In die innerafghanischen Konflikte sind offenbar auch Pakistan und andere Staaten der Region verwickelt. Es ist ein gordischer Knoten der Gewalt geknüpft worden, der nicht durch das Schwert, sondern nur durch den Rückzug der fremden Truppen aus dem Land, durch Verhandlungen zwischen allen Beteiligten, auch mit den Taliban, und durch Verstärkung ziviler Hilfe für Afghanistan aufgelöst werden kann. Das entspricht dem völkerrechtlichen Prinzip der friedlichen Lösung von Streitfragen, das in der UNO-Charta verankert ist. Der NATO-Gipfel in Lissabon ist dem in keiner Weise gerecht geworden. Wenn sich Deutschland zu völkerrechtskonformen Verhalten in Bezug auf Afghanistan durchringen will, dann ist das Mindeste, dass es die Bundeswehr aus dem Krieg zurückzieht. Dazu ist sie auch von Verfassungs wegen verpflichtet. Art. 87a begrenzt den Einsatz der Bundeswehr auf Verteidigung. **Am Hindukusch wird Deutschland nicht verteidigt**.

Claus Schreer, isw München

Nato mit neuer Strategie:

Kursbuch zur Perfektionierung zukünftiger Kriege

Nicht einmal der Abzug der militärisch längst überflüssigen in Europa stationierten taktischen US-Atomwaffen wird von der NATO in Erwägung gezogen.



Unter dem Titel „Aktives Engagement, moderne Verteidigung“ haben die 28 Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten am 19. November 2010 in Lissabon das „Strategische Konzept für die Verteidigung und die Sicherheit der Mitglieder des Nordatlantik-Pakts“ beschlossen. Das Dokument enthält im Vergleich zum Strategischen Konzept der NATO von 1999 keine wesentlich neue Orientierung. Das neue „Strategische Konzept, „unser Kursbuch für die nächsten zehn Jahre“, wie es der NATO-Generalsekretär bezeichnete, ist allerdings um einiges konkreter, z.B. bei der Sicherung der Energieressourcen. Außerdem werden die Erfahrungen aus den bisherigen NATO-Interventionskriegen genutzt, um zukünftige Einsätze zu perfektionieren. Zu den Schwerpunkten der neuen Strategie gehören deshalb die Einbeziehung ziviler Akteure bei der Durchsetzung der Kriegsziele und der Aufbau lokaler Repressionsapparate für die dauerhafte Kontrolle über die Interventionsländer. Neu sind der Beschluss zur Aufstellung einer NATO-Raketenabwehr und die beabsichtigte NATO- Russland Kooperation.

Alle Zitate aus: „Strategisches Konzept für die Verteidigung und die Sicherheit der Mitglieder de Nordatlantik-Pakts, Fassung der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der NATO. Die in Kammern gesetzten Zahlen entsprechen der durchnummerierten Absätze im Strategie-Dokument der NATO. (*http://ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/strat-konzept-2010.html)*

Das Märchen von der „Verteidigung“

„*Die NATO konzentriert sich wieder auf Verteidigung*“ titelte die Süddeutsche Zeitung am 20. November 2010, nachdem am Tag vorher das Neue Strategische Konzept der Militärallianz in Lissabon beschlossen worden war. „*Die NATO*“ schrieb die SZ, „*besinnt sich wieder stärker auf ihre ursprüngliche Aufgabe der kollektiven Verteidigung*“ und zitierte NATO-Generalsekretär Rasmussen, der Verteidigung inklusive atomare Abschreckung als „*das Kerngeschäft der NATO*“ bezeichnete.
Tatsächlich versucht die NATO das Märchen von der „*kollektiven Verteidigung*“ aufrecht zu erhalten, ist doch das Recht auf Selbstverteidigung im Fall eines Angriffs die einzige vom Völkerrecht gedeckte Legitimation der NATO-Allianz. Verteidigung aber hat, auch wenn Militärinterventionen und Aggressionskriege so gerechtfertigt werden, in der Strategie und Praxis der NATO keinerlei Bedeutung.

Das „Kerngeschäft“

Das „Kerngeschäft“ der NATO ist nicht die Verteidigung der Mitgliedsländer und des Territoriums der NATO-Staaten, sondern die globale Absicherung der Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen der USA und der EU-Staaten und insbesondere die Kontrolle über die Energieressourcen. So deutlich wird das natürlich nicht gesagt. Die NATO ist, und daran ändert auch das ausgiebig verwendete moralische Blendwerk nichts, der militärische Arm des neoliberalen Kapitalismus. Die NATO hat sich selbst zur globalen Ordnungsmacht erklärt und betrachtet die ganze Welt als ihr Hoheits- und Operationsgebiet.
Auch das neue „Strategische Konzept“ beginnt mit der folgenden schönfärberischen Selbstdarstellung: „*Wir, die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten, sind entschlossen, dafür Sorge zu tragen, dass die NATO weiterhin ihre einzigartige*

und wesentliche Rolle bei der Gewährleistung unserer 2 gemeinsamen Verteidigung und Sicherheit spielt."(...) „Zwar ändert sich die Welt, doch bleibt die wesentliche Mission der NATO dieselbe: zu gewährleisten, dass das Bündnis eine beispiellose Gemeinschaft der Freiheit, des Friedens, der Sicherheit und gemeinsamer Werte bleibt." (Präambel)
„*Das grundlegende und unveränderliche Ziel der NATO*" heißt es dann weiter sei es, „*die Freiheit und Sicherheit all ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu schützen*." Heute sei das Bündnis nach wie vor „*eine unentbehrliche Quelle der Stabilität in einer unberechenbaren Welt*." (Absatz 1)
„*Die Mitgliedstaaten der NATO bilden eine einzigartige Wertegemeinschaft, die den Grundsätzen der Freiheit des Einzelnen, der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.*" (Absatz 2)
Die Neuigkeit im Lissabonner Dokument ist die Feststellung, dass heute „*die Bedrohung durch einen konventionellen Angriff auf das NATO-Gebiet gering*" sei. (Abs.7)
Die Wahrheit ist auch das nicht, denn: Diese Bedrohung ist nicht nur „*gering*", der Feind, den die NATO abschrecken oder gegen den sie sich verteidigen müsste existiert überhaupt nicht. Weit und breit ist schon seit Jahrzehnten kein einziges Land in Sicht, das auch nur daran denken würde, die USA und ihre europäischen Verbündeten zu bedrohen oder gar anzugreifen, weder mit konventionellen noch mit atomaren Waffen. Die in so blumigen Worten beschworene „*gemeinsame Verteidigung*" ist mangels eines ernsthaften Gegners eine geradezu absurde Propaganda-Behauptung. Tatsächlich sehen sich heute all jene Länder auf dem Globus von der NATO bedroht, die auf ihrer Souveränität bestehen und sich nicht den Wünschen der westlichen Großmächte fügen.

Feigenblatt Atomare Abrüstung.

Abschreckung heißt dem Strategischen Konzept zufolge: Drohung der NATO mit dem Einsatz von Atomwaffen. Zwar bekennt sich die NATO gleich in der Präambel zu dem „*Ziel, die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen zu schaffen*", doch nach diesem wohlfeilen Lippenbekenntnis „*bekräftig*" sie ihre unveränderte Position „*dass die NATO ein nukleares Bündnis bleiben wird, solange es Kernwaffen in der Welt gibt.*"
Im Absatz 17 wird ausdrücklich noch einmal betont: „*Abschreckung auf der Grundlage einer geeigneten Mischung aus nuklearen und konventionellen Fähigkeiten bleibt ein Kernelement unserer Gesamtstrategie*." Oberster Garant dafür seien die Atomwaffenarsenale der USA, Frankreichs und Großbritanniens, die weltweit über den Großteil aller Atomwaffen verfügen. Und um das unmissverständlich klar zu machen, hat die US Regierung wenige Tage vor der Verabschiedung der Lissabon-Doktrin den **Zehnjahres-Investitionsplan zur Modernisierung ihres Atomwaffenarsenals von 80 auf 84,5 Milliarden Dollar aufgestockt**. Das von Obama proklamierte Ziel „einer *Welt ohne Atomwaffen*" ist nicht mehr als das Feigenblatt für Fortsetzung der eigenen Nuklearaufrüstung und für die Aufrechterhaltung der globalen militärischen Überlegenheit der USA. Nicht einmal der Abzug der militärisch längst überflüssigen in Europa stationierten taktischen US-Atomwaffen, wird von der NATO in Erwägung gezogen. Außenminister Westerwelle, der sich mit dieser Forderung als Abrüstungskämpfer profilierte, zeigte sich trotzdem hoch zufrieden.„*So viel Abrüstung war noch nie in der Nato*", erklärte er. *(SZ 20.11.2010)*

Die Kernaufgaben im NATO-Strategie Konzept.

Im Absatz 4 des Strategischen Konzepts werden „*drei wesentliche Kernaufgaben*" der NATO genannt, um die Sicherheit der Bündnismitglieder zu gewährleisten
Erstens „*kollektive Verteidigung*": Obwohl die Beistandsverpflichtung im Falle eines bewaffneten Angriffs nach Artikel V des NATO-Vertrags keinerlei reale Grundlage hat, wird dieser Gründungsmythos bis heute aufrechterhalten und Interventionskriege in entfernten Regionen der Welt als Akte der Verteidigung etikettiert.3
Zweitens „*Krisenmanagement*": Das Wortungetüm der „*nicht unter Artikel 5 fallenden Krisenreaktionseinsätze*" aus dem Vorgängerdokument von 1999, kommt im neuen Konzept nicht mehr vor. Stattdessen werden uns jetzt die NATO-Militärinterventionen rund um den Globus als „*Krisenbewältigung*", als „*Stabilisierungsmaßnahmen*" und als„*Konflikt beendende Einsätze*" präsentiert.
Drittens „*Kooperative Sicherheit*": Unter diesem Begriff versteht die NATO die Einbindung anderer Staaten in die Militärstrategie der Allianz. „Partnerschaftsabkommen mit geeigneten Ländern", mit internationalen Organisationen und die „Offene Tür" für den NATO-Beitritt weiterer europäischer Staaten

Als „Krisenbewältigung" getarnte Kriegseinsätze rund um den Globus.

Wie schon in den Vorgängerdokumenten werden zahlreiche Bedrohungen für das Bündnis, seine Sicherheit und seinen Wohlstand aufgezählt: „*Instabile Staaten, Waffen- und Drogenhandel, Flüchtlingsströme, die Weiterverbreitung von Atomwaffen, Terrorismus, Ressourcen- und Wassermangel, Klimaveränderung*" und jetzt auch noch „*Cyber-Attacken*." „*Krisen und Konflikte außerhalb der Grenzen der NATO*" heißt es im Strategischen Konzept „*können eine direkte Bedrohung der Sicherheit des Gebiets und der Bevölkerungen des Bündnisses darstellen"*. (Abs. 20) Besonders hervorgehoben wird, dass „*in vielen Regionen und Ländern der Welt moderne substanzielle militärische Fähigkeiten beschafft*" würden, einschließlich „*ballistischer Flugkörper, die eine reale und zunehmende Bedrohung für den euro-atlantischen Raum*" darstellen würden. (Abs. 8) „*Die Verbreitung von Kernwaffen und ihrer Trägersysteme" werde weltweit „unberechenbare Folgen für Stabilität und Wohlstand*" haben. (Abs.9)
Die NATO, heißt es im Strategischen Konzept, sehe es als ihre Aufgabe an, „*Krisen zu verhindern, Krisen zu managen und die Lage nach einem Konflikt zu stabilisieren*". (Abs. 20) Die NATO verfüge „*über einzigartige Fähigkeiten zur Konfliktbewältigung*", sie verfüge über die „*beispiellose Fähigkeit, robuste militärische Kräfte im Einsatzgebiet zu stationieren und durchhaltefähig zu machen*" und sie verfüge über „*eine einzigartige und robuste Palette politischer und militärischer Fähigkeiten zur Auseinandersetzung mit dem gesamten Krisenspektrum – vor, während und nach Konflikten*".(Abs. 4 und 23) Die NATO werde deshalb „*sofern dies zur euro-atlantischen Sicherheit beiträgt (...) eine geeignete Mischung dieser politischen und militärischen Instrumente einsetzen, um sich entwickelnde Krisen zu bewältigen, bevor sie zu Konflikten eskalieren; um bestehende Konflikte zu beenden und um dabei zu helfen, die Stabilität nach einem Konflikt zu konsolidieren,*. (Abs. 4)
Erstmals werden Militärinterventionen und neokoloniale Besatzung bis ins Detail behandelt und die enge Verzahnung von zivilen mit militärischen Kapazitäten als wesentlicher Bestandteil für den Erfolg in den NATO-Protektoraten genannt. Im Strategie-Konzept heißt es dazu: „*Die aus den NATO-Operationen gezogenen Lehren, insbesondere in Afghanistan auf im westlichen Balkan*", hätten gezeigt, „*dass ein umfassender politischer, ziviler und militärischer Ansatz für ein wirksames Krisenmanagement erforderlich*" sei. (Abs. 21)
Die NATO werde deshalb „*die integrierte zivil-militärische Planung im gesamten Krisenspektrum ausbauen; geeignete zivile Krisenmanagementfähigkeit einrichten, um mit zivilen Partnern wirksamer agieren zu können*" Die NATO werde „*zivile Spezialisten aus den Mitgliedstaaten ausbilden, die für ausgewählte Missionen rasch eingesetzt werden können und die in der Lage sind, an der Seite unseres militärischen Personals und ziviler Spezialisten zu arbeiten*". (Abs. 25)
Die „*einzigartige Fähigkeiten*" genügen aber offensichtlich noch nicht für die zukünftigen Kriege. In Lissabon verpflichteten sich die NATO-Mitgliedstaaten, ihre militärischen Fähigkeiten für weltweite

Militärinterventionen weiter auszubauen. „*Wir wollen weniger Fett und mehr Muskeln*“, sagte NATO-Generalsekretär Rasmussen in seiner Eröffnungsrede am 19. November in Lissabon und das Strategische Konzept bekräftigt, dass die militärischen Fähigkeiten der NATO gestärkt werden müssen, um „*gleichzeitig sowohl große gemeinsame Operationen als auch mehrere kleinere Operationen für die kollektive Verteidigung und Krisenreaktion - auch in strategischer Entfernung – durchzuhalten*“. (Abs.19) Zugleich werde die NATO „*die Militärdoktrin und die militärischen Fähigkeiten für Expeditionseinsätze einschließlich von Operationen zur Bekämpfung von Aufständen sowie Stabilisierungs- und Wiederaufbaueinsätzen weiter entwickeln*“, ebenso wie die Fähigkeit, „*lokale Kräfte in Krisenzonen auszubilden und aufzubauen, damit die lokalen Autoritäten so rasch wie möglich in der Lage sind, die Sicherheit ohne internationale Hilfe aufrechtzuerhalten*“. (Abs.25) Zu den Lehren aus dem Krieg in Afghanistan gehört, dass Aufstandsbekämpfung zukünftig eine der zentralen Aufgaben in den NATO Protektoraten sein wird. Wesentlicher Bestandteil der neuen Strategie ist deshalb der Aufbau lokaler Sicherheitsapparate für die von den Besatzern installierten Regimes. Damit wollen sich die Interventionsmächte, bei Minimierung eigener Opfer ein Maximum an dauerhaften politischen Einfluss sichern. Bundeskanzlerin Merkel zeigte sich in Lissabon hoch zufrieden: „*Die Nato macht hier den Schritt ins 21. Jahrhundert*“ sagte sie „*und zwar sowohl, was die Analyse der Bedrohungen anbelangt, als auch, was die Antworten des Bündnisses auf diese Bedrohungen anbelangt.*“

Energie-Imperialismus

Zum Kerngeschäft der NATO gehört vor allem die Sicherheit der Energieversorgung und ihrer Transportrouten. Im Vergleich zum Strategischen Konzept von 1999 wird dieses Thema in der jetzt beschlossenen NATO-Doktrin wesentlich genauer behandelt.
Im neuen „Strategischen Konzept“ heißt es dazu: „*Alle Länder sind zunehmend auf die lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitwege angewiesen, auf die sich der Welthandel, die Energiesicherheit und der Wohlstand stützen. (...) Einige NATO-Staaten werden, was ihren Energiebedarf angeht, immer stärker von ausländischen Energieversorgern und in einigen Fällen von ausländischen Energieversorgungs- und Verteilernetzen abhängig.*“ (Abs. 13)
Die NATO werde deshalb „*die Fähigkeiten entwickeln, Energiesicherheit zu gewährleisten, einschließlich dem Schutz kritischer Energieinfrastrukturen, und von Transitgebiete und Transitrouten.*“ (Abs. 19)

Natürlich geht es der NATO nicht darum, „*Energiesicherheit für alle Länder*“ zu gewährleisten, sondern gerade darum, den globalen Konkurrenten den Zugang zu den knapper werdenden Ressourcen abzuschneiden und die Regionen mit den größten Öl- und Gasreserven unter westliche Kontrolle zu bekommen. Das war auch der eigentliche Grund für den Krieg gegen den Irak und das ist auch der Grund für den jetzigen Konfrontationskurs gegen den Iran. Irak verfügt über die drittgrößten und der Iran sogar über die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Im Iran liegen zusätzlich auch noch die zweitgrößten Gasvorkommen der Welt.
Mit den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak haben die NATO-Mächte vorexerziert, dass sie ihre Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen nicht nur mit politischer und ökonomischer Erpressung durchsetzen, sondern auch jederzeit bereit sind dafür Aggressionskriege zu führen.



Die Raketenabwehr - ein Freibrief für Angriffskriege.

Als zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre nennt die NATO den Aufbau einer flächendeckenden Raketenabwehrsystems für ganz Europa, an dem sich auch Russland beteiligen soll. Im strategischen Konzept, das von allen NATO-Mitgliedsländern gebilligt wurde, steht die knappe Feststellung: „*Wir werden die Fähigkeit entwickeln, unsere Bevölkerungen und unser Territorium gegen einen Angriff mit ballistischen Flugkörpern zu verteidigen, was zur unteilbaren Sicherheit des Bündnisses beiträgt.*“
Und: „*Wir werden aktiv die Zusammenarbeit mit Russland und anderen euroatlantischen Partnern in der Raketenabwehr anstreben*“; (Abs. 19) „*Mehr als 30 Länder*“ hätten „*heute schon die Fähigkeiten oder strebten danach, Raketen mit konventionellen oder nuklearen Gefechtsköpfen einzusetzen*“, behauptete Rasmussen bereits einen Monat vor dem NATO-Gipfel in Lissabon. *(SZ, 22.10.10)* Der beschlossene Plan für die Raketenabwehr sieht vor, dass ab 2011 mobile Raketenabwehrsysteme auf Schiffen im östlichen Mittelmeer stationiert und später weitere fest installierte Systeme in Rumänien, Polen und anderen NATO-Staaten errichtet werden. Russlands Präsident Medwedjew versprach in Lissabon das Kooperationsangebot zu »prüfen«, Moskau werde sich jedoch nicht mit der Rolle als »Juniorpartner« begnügen. „*Wir werden nicht das praktische Möbelstück im Salon der NATO sein*“, erklärte Medwedjew auf dem NATO-Russland- Gipfel in Lissabon. Im „Strategischen Konzept“ wird Teheran zwar nicht erwähnt, doch in allen öffentlichen Äußerungen führender NATO-Politiker wird zur Rechtfertigung des Raketenabwehr-Systems in erste Linie der Iran genannt, der angeblich Europa mit Raketen und Atomwaffen bedroht.
Dass die Raketenabwehr der Verteidigung dient, ist seit der Präsidentschaft Ronald Reagans ein von den USA verbreitetes Märchen, das jetzt von der NATO wieder aufgetischt wird.

Der Zweck der Raketenabwehr

Entgegen allen offiziellen Behauptungen dient Raketenabwehr nicht dem Schutz vor Raketen- oder Atomangriffen anderer Staaten, beispielsweise von Seiten Nordkoreas oder des Iran. Selbst wenn diese Länder über eine Handvoll Atomsprengköpfe und die entsprechende Trägewaffen verfügen würden, ein Angriff gegen Europa oder die USA wäre für sie glatter Selbstmord. Die Angreiferstaaten würden damit die totale Vernichtung ihres Landes durch das um mehrere hundert Mal größere Atomwaffenpotential der NATO-Mächte heraufbeschwören.
Einzige Aufgabe und Funktion der Raketenabwehr ist Abwehr und der Schutz vor Gegenschlägen bei zukünftigen Angriffskriegen der USA oder der NATO. Eine funktionierende Raketenabwehr macht die NATO-Staaten und die im Ausland stationierten US-Truppen weitgehend unverwundbar. Der Raketenabwehrschirm garantiert damit die Freiheit zum Angriff gegen jeden denkbaren Gegner. Das ist ihr eigentlicher Zweck!

Mogelpackung: Truppenabzug der NATO aus Afghanistan.

In Lissabon kündigte die NATO für das Jahr 2014 den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan an. Ein vollständiger Truppenabzug ist damit jedoch nicht gemeint. NATO-Generalsekretär Rasmussen erklärte: „*Wir werden so lange bleiben, wie es notwendig ist*." Um das schon mal sicher zu stellen unterzeichneten Rasmussen und der afghanische Regierungschef Karsai in Lissabon einen Vertrag über das langfristige Engagement der NATO am Hindukusch. Der Vertrag hat den Vorteil, dass in Zukunft Sicherheitsrats-Resolutionen, wie

derzeit für den ISAF-Einsatz, nicht mehr erforderlich sind, um z.B. bei parlamentarischen Entscheidungen in Deutschland die Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr zu legitimieren.
Auch Deutschlands Militärminister Guttenberg machte sogleich deutlich, dass sich eine Truppenreduzierung nicht an einem Datum, sondern an der Lage orientiere. Insofern sei „*eine Jahreszahl natürlich immer daran zu messen, ob es auch verantwortbar geschehen kann*". Es sei wichtig, „*dass eine Reduzierung der Truppen an Ergebnisse gebunden*" sei und dass „*diese Ergebnisse auch belastbar erscheinen*". *(Web-Seite des Bundesministeriums für Verteidigung)*

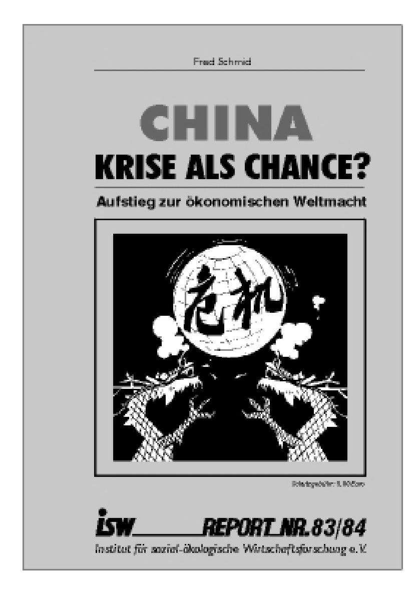
Die neue NATO-Russland-Kooperation.

Die Einladung an Russland, sich an der NATO-Raketenabwehr zu beteiligen, könnte der Einstieg für eine langfristig angestrebte „Strategische Partnerschaft" mit Russland sein, die schon seit längerem von den Herrschaftseliten in der EU, insbesondere in Deutschland befürwortet wird. „*Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland ist von strategischer Bedeutung*", wird im Strategischen Konzept festgestellt. Und weiter: „*Wir wünschen uns eine echte strategische Partnerschaft zwischen der NATO und Russland, und wir werden entsprechend handeln, wobei wir 6 von Russland Gegenseitigkeit erwarten.*" (Abs. 33) Deshalb wolle man die politischen Beratungen ebenso ausbauen wie die praktische Zusammenarbeit. Die angestrebte Zusammenarbeit hat, neben der Einbindung Moskaus in die Globalstrategie der NATO, vor allen Dingen auch den Zweck, ein mögliches Bündnis zwischen Russland und China zu verhindern. Moskau zeigt seinerseits schon seit längerem Interesse an einer engeren Kooperation mit den NATO- und EU-Staaten. Der russische Präsident Medwedjew hatte bereits 2009 einen „Euro-Atlantischen Sicherheitsvertrag" vorgeschlagen, der von Vancouver bis Wladiwostok reichen soll. Daran sollten sich alle NATO-Staaten, alle europäischen Staaten und Russland beteiligen. Auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz, im Februar 2010 sagte der russische Außenminister Lawrov zu Erläuterung der Moskauer Initiative: „*Wir können ein festes Fundament errichten für ein gemeinsames Vorgehen der USA, der EU und Russlands in den internationalen Angelegenheiten*". Damals wurde dem Plan Moskaus durch US-Außenministerin Clinton eine deutliche Abfuhr erteilt, ansonsten stieß er auf freundliches Desinteresse.
Inzwischen hat sich Blatt offenbar gewendet. „*Eine echte strategische Partnerschaft*", wie in Lissabon verkündet, kommt den Wünschen der russische Führung, die mit der NATO und der EU gemeinsame Sache machen will sehr weit entgegen. Perspektivisch soll nach den Vorstellungen Moskaus die NATO durch den „Euro-Atlantische Sicherheitsvertrag" ersetzt werden. Im Ergebnis wäre dann zwar die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen der NATO und Russland beseitigt. Der Rest der Welt sähe sich jedoch durch einen NATO-EU-RUSSLAND-PAKT noch weit mehr bedroht als bisher. Die Bereitschaft Moskaus der NATO entgegen zu kommen dient schon heute nicht dazu, vorhandener Konflikte zu lösen, sondern: Diese Komplizenschaft trägt zur weiteren Verschärfung der Konflikte bei. So hat Russland z.B. im so genannten Atomkonflikt mit dem Iran nicht nur den von der US-Regierung initiierten Sanktionsbeschlüssen zugestimmt, sondern auch die vertraglich vereinbarte Lieferung von Luftabwehrraketen an den Iran gestoppt. Auch im Afghanistankrieg begibt sich Russland an die Seite der NATO. Einerseits mit dem in Lissabon erweiterten Transitabkommen, das den Nachschub für die NATO-Truppen sichert und andererseits durch die Lieferung von Hubschraubern an die von der NATO am Leben erhaltenen Afghanische Marionettenregierung.
Ein möglicher NATO-EU-RUSSLAN-PAKT ist, auch wenn er sich „Euro-Atlantischer Sicherheitsvertrag" nennt keine erstrebenwerte Alternative zur NATO.

Quelle: isw – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
http://www.isw-muenchen.de/download/nato-cls-201011.pdf

Artikel zur NATO
Sand im Getriebe Nr.73
http://sandimgetriebe.attac.at/7208.html

Dossier zur NATO:
http://ag-friedensforschung.de/themen/NATO



Tariq Ali
Der Nobel-Preis-Krieg

Der Empfänger des Friedensnobelpreises des letzten Jahres eskalierte ein paar Wochen, nachdem er den Preis empfangen hatte, den Krieg in Afghanistan. Die Verleihung überraschte sogar Obama.

In diesem Jahr war die chinesische Regierung dumm genug, aus dem Präsidenten des chinesischen PEN und Neokonservativen Liu Xiaobo einen Märtyrer zu machen. Er hätte niemals festgenommen werden sollen, aber die norwegischen Politiker des Komitees, angeführt von Thorbjørn Jagland, einem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, wollte China eine Lektion erteilen. Und so ignorierten sie die Ansichten ihres Helden. Oder vielleicht auch nicht, denn ihre eigenen Ansichten sind nicht unähnlich. Das Komitee dachte darüber nach, Bush und Blair gemeinsam den Friedenspreis für die Invasion des Irak zu geben, allerdings zwang die öffentliche Empörung sie zum Rückzug.

Zur Dokumentation:
Liu Xiaobo hat öffentlich folgende Auffassungen kundgetan:
1. Es ist die Tragödie Chinas, dass es nicht mindestens 300 Jahre lang durch eine westliche Macht oder Japan kolonisiert wurde. Das hätte es offensichtlich dauerhaft zivilisiert;
2. Der Koreakrieg und der Vietnamkrieg waren beides Kriege gegen den Totalitarismus und sie haben die ‚moralische Glaubwürdigkeit" Washingtons verstärkt.
3. Bush war im Recht, als er Krieg im Irak führte und Senator Kerry's Kritik war nichts anderes als Verleumdung
4. Afghanistan? Auch hier keine Überraschung: volle Unterstützung für den Krieg der Nato.

Natürlich hat er das Recht auf diese Meinungen, aber sollten sie einen Friedenspreis bekommen?
Der norwegische Jurist Fredrik Heffermehl ist der Meinung, dass das Komitee sich im Gegensatz zum Willen und zum Testament des Erfinders des Dynamits befindet, der den Preis gründete: "Das Nobel Komitee hat das Preisgeld nicht zur freien Verfügung bekommen, sondern ihm wurde das Geld anvertraut, um es Schlüsselmomenten für die Schaffung von Frieden zukommen zu lassen, um den Teufelskreis von Wettrüsten und militärischen Machspielen zu durchbrechen. Aus dieser Sicht ist der 2010er Nobelpreis wieder einmal ein illegitimer Preis, verliehen durch ein illegitimes Komitee"
Quelle: Standart



Aktiv werden gegen die NATO-Kriegspolitik!

Für Frieden und Abrüstung! Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Aufruf zu Protesten gegen die so genannte Sicherheitskonferenz

am 4./5. Februar 2011 in München

Am ersten Februarwochenende treffen sich im Hotel Bayerischer Hof wieder die Regierungsvertreter_innen, Militärs, Kriegsstrateg_innen und Rüstungslobbyist_innen überwiegend aus NATO- und EU-Staaten.

Wir aber wollen unsere Sicherheit nicht Politiker_innen und Militärstrateg_innen überlassen, an deren Händen Blut klebt: Das Blut der Opfer der Kriege in Afghanistan, Irak und Jugoslawien. Es geht ihnen vor allem darum, die Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen der USA und der EU-Staaten zu sichern. Mit Waffenexporten leisten sie Beihilfe zum weltweiten Morden.
Während sie über die Spielregeln ihrer Weltordnung beraten, werden wir auf die Straße gehen und demonstrieren.

Kriege beginnen nicht erst dann, wenn Bomben fallen

Eine Milliarde Menschen hungern. „Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung oder leicht heilbaren Krankheiten. Diese Kinder sterben nicht, sie werden ermordet“ (Jean Ziegler). Ermordet von einer Weltordnung, die für den Profit über Leichen geht, von einer Wirtschaftsordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen dieses Planeten systematisch ruiniert, von einem kapitalistischen System, das den Krieg in sich trägt, wie die Wolke den Regen.
Folter, Entführung, massenweise Tötung von Zivilist_innen gehören ebenso zum Krieg wie die Abschottung der Grenzen gegen Armuts- und Klimaflüchtlinge oder die Opfer deutscher Waffenexporte. Opfer dieser Kriege sind immer die Menschen, die Natur und ebenso die Kultur des Miteinanders auf dieser einen Erde.

Die SiKo macht mobil für Profite, Mord und Krieg*

Dafür stehen die Militärstrateg_innen bei der "Sicherheits"-Konferenz. Sie bauen darauf, dass die Menschen stillhalten, weil sie Angst haben. Angst vor Arbeitslosigkeit, Angst um die Zukunft ihrer Kinder oder Angst vor Terror.

Die Verantwortlichen für verbrecherische Kriege, für weltweite Armut und für ökologischen Wahnsinn wollen die Menschen glauben machen, ihre Weltordnung sei alternativlos.

Doch viele beginnen sich zu wehren. Dagegen wappnen sich die Herrschenden mit Terrorhysterie. Sie bauen den Überwachungsstaat aus, blähen den Polizeiapparat auf und wollen schließlich auch die Bundeswehr im Inneren einsetzen.

Aber es gibt immer Alternativen. Sie beginnen mit solidarischem Handeln, Protest und Widerstand. Zeigen wir den selbsternannten Weltherrscher_innen und Kriegsstrateg_innen:
Eurer Politik des Neoliberalismus, des Krieges und der Rüstung setzen wir unseren Protest und gewaltfreien Widerstand entgegen.

Wir demonstrieren:
Gegen Kriegstreiberei und militärische Machtpolitik
Gegen Nationalismus und Rassismus
Für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Beendigung aller Kriegseinsätze
Für Abrüstung statt weiteren Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionstruppe – Bundeswehr abschaffen!
Für den Austritt Deutschlands aus der NATO, keine Beteiligung an den Militärstrukturen der EU.

Die Welt braucht keine NATO und keine anderen Militärpakte. Was wir brauchen, sind Frieden, Abrüstung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit.

Großdemonstration: Samstag, 5. Februar 2011.

Beginn 13.oo Uhr, Marienplatz

http://www.sicherheitskonferenz.de/

8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten

Unsere Handlungsmöglichkeiten für den Frieden

Hannover 21.-22.1.

http://www.friedenskooperative.de/gifs/stratflyer2011.pdf

Europäische Hilfsorganisationen

Lage in Gaza kaum verbessert

Die von Israel aufgrund des massiven internationalen Drucks ergriffenen Maßnahmen zur Lockerung der illegalen Blockade Gazas haben die Notlage der Zivilbevölkerung dort nur wenig verändert, so lautet die Einschätzung eines Berichts, der heute von einer europäischen Koalition aus 23 Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensorganisationen veröffentlicht wurde. **Die Organisationen rufen zum internationalen Handeln auf, um Israel zu einer sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Aufhebung der Blockade zu bewegen**.

Seit der israelischen Ankündigung von Mitte Juni, die Blockade zu lockern, hat der Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft auf Israel nachgelassen, obwohl die Einschränkungen im täglichen Leben der 1,5 Millionen Palästinenser in Gaza – die Hälfte von ihnen Kinder – sich nicht spürbar verringert haben, so der **Bericht Zerschlagene Hoffnungen: Fortsetzung der Gaza-Blockade (Dashed Hopes: Continuation of the Gaza Blockade)**. Dem Bericht zufolge hat Israel mit den getroffenen Maßnahmen nicht nur die wesentlichen Elemente der Gaza-Blockade nicht aufgehoben, wie z.B. das Verbot von Exporten aus dem Gazastreifen, es hat zudem seine wichtigsten Versprechungen nicht eingehalten.

Israel hatte zugesagt, die Einfuhr von dringend benötigten **Baumaterialien** für UN- und andere internationale Projekte zu steigern und zu erleichtern, um somit den Wiederaufbau u. a. von Schulen, Gesundheitszentren, Häusern und Kläranlagen zu ermöglichen, die während der Militäroperation "Gegossenes Blei" von Dezember 2008 bis Januar 2009 zu einem großen Teil beschädigt oder zerstört wurden. Tatsächlich aber, so die Organisationen, habe es bisher nur langsame und geringe Fortschritte bei der Umsetzung der Versprechen gegeben. Bislang hat Israel lediglich Materialimporte für 25[i]-Bauvorhaben von Schulen und Kliniken des UN-Flüchtlingshilfswerks UNRWA genehmigt. Dies sind nur sieben Prozent des gesamten UN Wiederaufbauplans für Gaza. Und selbst bei diesen genehmigten Projekten wurden nur für einen Bruchteil der benötigten Baumaterialien tatsächlich Einfuhrgenehmigungen nach Gaza erteilt.

Nach Schätzungen der UN benötigt Gaza allein für den Wiederaufbau der Häuser rund 670.000 LKW-Ladungen an Baumaterial, so der Bericht. Doch seit der Ankündigung, die Blockade lockern zu wollen, sind monatlich im Durchschnitt nur 715 LKW-Ladungen an Baumaterial im Gazastreifen eingetroffen. In diesem Tempo würde der Wiederaufbau der benötigten Häuser Jahrzehnte dauern. Angesichts der Tatsache, dass die UN das notwendige Baumaterial für den Bau neuer Schulen bisher nicht einführen konnte, konnten zu Beginn des neuen Schuljahres 40.000 Kinder im schulfähigen Alter nicht in der Schule angemeldet werden.

„*Aufgrund der Blockade ist nur ein Bruchteil der benötigten Hilfe bei der Bevölkerung in Gaza angekommen*“, sagt Paul Bendix, Geschäftsführer von Oxfam Deutschland. „*Es mangelt nach wie vor an sauberem Wasser, Elektrizität und Arbeitsplätzen. Da Israel seinen Zusagen nicht nachkommt und der internationale Druck für die Aufhebung der Blockade nachgelassen hat, bleibt für die Menschen in Gaza eine friedliche Zukunft in weiter Ferne*.“

Zudem hat die so genannte Lockerung keine Auswirkungen auf die Exporte aus dem Gazastreifen, die fast vollständig verboten bleiben. In Gaza sind daher **zwei Drittel der Industriebetriebe geschlossen**, während die übrigen nur mit halber Kapazität arbeiten**. Zugleich wird der Markt von Importprodukten überschwemmt**, so die Organisationen.

Tsafrir Cohen, Referent für den Nahen Osten der Organisation medico international, meint: *„Die internationale Gemeinschaft hat immer wieder die Wichtigkeit ökonomischer Entwicklung für den Friedensprozess betont – doch angesichts des andauernden Exportverbots ist Gaza ökonomisch gelähmt – wo ist da die politische Logik? Die psychologischen Auswirkungen, die aus der Abhängigkeit von Lebensmittelkarten resultierten, haben die Gesellschaft in Gaza schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Menschen möchten Arbeitsplätze, um sich ein würdiges Leben zu ermöglichen, und keine Almosen.“*

Wenig Verbesserung gibt es auch im Personenverkehr. Entgegen der Zusage der israelischen Regierung, die Ein- und Ausreise von humanitären Helfern zu verbessern, zeigt der Bericht, dass seit den israelischen Ankündigungen im Gegenteil die **Genehmigungen für Ein- und Ausreisen** von humanitärem Personal der lokalen UN-Organisationen sogar abgenommen haben. Unterdessen bleibt die Bevölkerung Gazas eingeschlossen. Den Menschen wird weiterhin verweigert sich frei zu bewegen, außerhalb Gazas zu arbeiten, zu studieren oder die Familie und Freunde zu besuchen. Trotz eines begrüßenswerten Anstiegs der Reiseerlaubnisse für Geschäftsleute aus und nach Gaza ist die Gesamtzahl der israelischen Ausreisebewilligungen für die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger nicht gestiegen. Die Anzahl der Bewilligungen liegt konstant bei weniger als einem Prozent der Zahlen vor der Intifada im Jahr 2000.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton sagte jüngst in einem Kommentar: “*Wir denken, dass die Entwicklungen in Gaza unbefriedigend sind und Israel seinen Zusagen zur Aufhebung der Gazablockade nicht nachgekommen ist.*”[ii]

Cohen meint: „*Die so genannte ‘Lockerung’ der Gaza-Blockade hat nichts an der Tatsache verändert, dass noch immer eine erbarmungslose und illegale Blockade existiert, die einer kollektive Bestrafung der gesamten Zivilbevölkerung gleicht. Die einzige echte Lockerung stellt der nachlassende Druck auf die israelischen Behörden dar, die grausame und illegale Praxis zu beenden.*“

[i] United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East

[ii] EU's Ashton: Israel failed to ease Gaza blockade, Haaretz, November 22, 2010, http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/eu-s-ashton-israel-failed-to-ease-gaza-blockade-1.326149

http://www.medico.de/presse/pressemitteilungen/eu-hilfsorganisationen-lage-in-gaza-kaum-verbessert/3909/

Bericht auf Englisch:
http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/20101130_dashed-hopes-gaza-blockade.pdf

---

Anerkennung des Palästinensischen Staates durch Brasilien und Argentinien

126 Staaten haben somit Palästina als Staat anerkannt

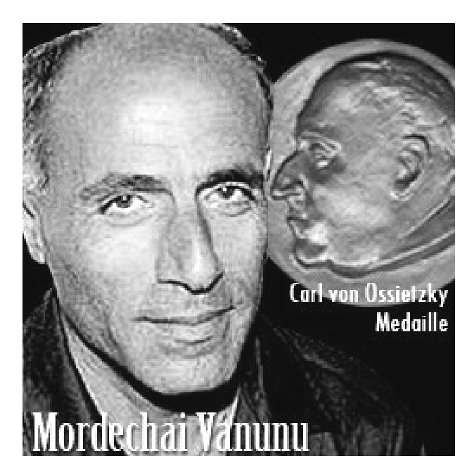
In einem Schreiben der argentinischen Staatspräsidentin Cristina Kirchner an Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vom Montag (06.12.2010) heißt es unter anderem, Argentinien erkenne *"Palästina als freien und unabhängigen Staat in den Grenzen von 1967 an."* Der Schritt geht auf einen gemeinsamen Beschluss mit Brasilien und Uruguay zurück. Brasilien hatte bereits am Freitag erklärt, einen unabhängigen Palästinenserstaat anerkennen zu wollen, während Uruguay einen ähnlichen Schritt für Anfang des Jahres 2011 ankündigte.

In Buenos Aires heißt es als Erklärung für die Anerkennung, man wolle so dem eigenen Interesse nach Fortschritt der Verhandlungen und Frieden im Nahen Osten Ausdruck verleihen. *"Trotz der Bemühungen wurden die Ziele der Friedenskonferenz von Madrid 1991 und der Verträge von Oslo 1993 nicht erreicht"*, heißt es in der Erklärung des argentinischen Außenministeriums. Dies sei Quelle tiefer Frustration.

Karte: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/60/Palestine-recognition-map.png

s. auch: http://ag-friedensforschung.de/regionen/Palaestina/argentinien.html

Mordechai Vanunu: Botschaft an die Welt nach Erhalt der Carl-von-Ossietzky-Medaille 2010



Heute am 5. Oktober ist für mein Leben und das aller Whistleblower der Welt ein historischer Tag. An diesem Tag im Jahr 1986 erfüllte ich die Aufgabe, die ich mir gestellt hatte, die Welt zu informieren – nicht die Regierungen oder Spionageorganisationen – sondern jedes menschliche Wesen, das lesen kann, über das Atomwaffen - Arsenal von Israel. Meine Story wurde von der Sunday Times auf der ersten Seite veröffentlicht unter dem Titel: **„Enthüllung – die Geheimnisse von Israels Atomwaffen – Arsenal". Dafür wurde ich in Israel zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt**, 12 davon in Isolationshaft, und nach der Entlassung hatte ich weitere 6 Jahre kein Recht auf freie Rede und Bewegungsfreiheit in Israel. Ich folgte dem Geist von Ossietzky, ohne ihn zu kennen oder über ihn etwas gelesen zu haben. Das beweist, dass wir die selben Gedanken, denselben Geist, dieselben Auffassungen von Menschenrechten und Freiheit haben, und wir für die Rechte des Volkes überall kämpfen. Der erste Schritt ist, dem Volk die richtigen Informationen zu geben, und es dann die richtige Richtung einschlagen zu lassen. Ossietzky überlebte nicht die Brutalität des Gefängnisses. Ich überlebte und bin bereit, weiterhin in Namen aller Whistleblower zu sprechen. Wissen ist Macht für jeden einzelnen Menschen. Ich hoffe, Israel wird jetzt mein Leiden von 18 Jahren im Gefängnis und weiteren 6 Jahren mit Einschränkung meiner Bewegungsfreiheit beenden, damit ich die ganze Welt bereisen kann.

Und ich möchte der Internationen Liga für Menschenrechte (FIDH) für den Mut danken, mir die von Ossietzly-Medaille zu verleihen, auch wenn ich sie erst nach 24 Jahren erhalte. Ich hoffe jetzt, dass ich frei sein werde und nach Berlin kommen kann, um dort auch über Ossietzky sprechen zu können. Alles Gute und vielen Dank. VMJC
FREIHEIT UND NUR FREIHEIT BRAUCHE ICH JETZT. VANUNU MORDECHAI

http://www.youtube.com/user/vanunuvmjc?feature=mhum, http:// www.vanunu.com, Email: vanunuvmjc@gmail.com
Übersetzt von Einar Schlereth, http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=1845

8.12. Presseerklärung der Internationalen Liga für Menschenrechte: Mordechai Vanunu darf nicht nach Berlin reisen
Der ausgezeichnete Mordechai Vanunu wird nicht aus Israel ausreisen können, um die Medaille in Berlin persönlich entgegen zu nehmen. Die geplante Medaillenverleihung am 12.12. wird eine Manifestation des Protestes werden müssen.
http://www.ilmr.de/wp-content/uploads/2010/12/PE3_CvOMedaille2010DE-NF-2.pdf

Deutscher Koordinationskreis Palästina-Israel
Wir fordern: KEINE Beteiligung der Deutschen Bahn an dem israelischen Schnellbahnprojekt

Die Deutsche Bahn beteiligt sich mit ihrem Tochterunternehmen DB International an einem der größten Infrastrukturprojekte Israels. Sie ist für die Elektrifizierung der Schnellbahn-strecke Tel Aviv – Jerusalem zuständig, deren Streckenverlauf mit Brücken und Tunneln auch durch die besetzten palästinensischen Gebiete führt.
Obwohl die alte Zugstrecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv nicht durch die besetzten Gebiete führte und Alternativpläne zum Streckenverlauf für die Schnellbahn palästinensische Gebiete nicht berührten, stimmte auch die damals zuständige DE Consult dem nun ausgeführten Streckenverlauf zu.
Durch diese Beteiligung nimmt das staatliche Unternehmen DB billigend in Kauf, dass:
- Israel seine Politik der Zerstückelung der palästinensischen Gebiete ungehindert fortsetzen kann:
  − durch die Einteilung in Verwaltungsgebiete A,B und C,
  − durch den Mauerbau und den damit verbundenen Landraub,
  − durch die Erklärung immer größerer Teile der Westbank zu „Militärischen Sperrzonen", die von Palästinensern nicht betreten werden dürfen,
  − durch ein engmaschiges Straßennetz, dass nur von in der Westbank und in Israel lebenden Siedlern benutzt werden darf und
  − nun durch den Bau einer Eisenbahnstrecke auch durch die besetzten Gebiete ohne die Unterstützung und Beteiligung der palästinensischen Bevölkerung,
- Israel die Rohstoffe der besetzten Gebiete für die eigene Bevölkerung ausnutzt,
- Völkerrecht wie auch nationales israelisches Gesetz gebrochen wird,
- durch den Bau der Eisenbahnstrecke Israel illegal die dauerhafte Bebauung in den besetzten Gebieten fortsetzt,
- die palästinensische Bevölkerung von der Nutzung der Bahn ausgeschlossen ist und der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis verschärft wird,
- der Landraub am palästinensischen Volk, die Enteignungen von Privatpersonen und die weitere Isolation palästinensischer Dörfer fortgesetzt wird,
- die landwirtschaftlicher Nutzfläche und Lebensgrundlage für die einheimische palästinensische Bevölkerung zerstört wird.

Wir fordern die Bundesregierung als Eigentümerin der Deutschen Bahn auf, die Beteiligung der DB Mobility Logistics AG und deren Tochterfirma DB International als Nachfolgerin der DE Consult an diesem israelischen Großprojekt offen zu legen.
Wir fordern die Bundesregierung, die Deutsche Bahn und deren Tochterunternehmen DB International auf, sich aus dem Bahnprojekt mit der Staatlichen Israelischen Eisenbahn durch palästinensisches Gebiet zurück zu ziehen und die geplanten Investitionen unverzüglich zu stoppen.
2.12. 2010

Unterzeichner und mehr Infos unter:
http://www.kopi-endederbesatzung.de/fileadmin/user_upload/pdf/Pressemitteilungen/20101202-DB-Israel.pdf

Ilan Pappe
Israel braucht ein starkes Signal gegen seine Besatzungspolitik

Interview: Rolf-Henning Hintze

Mit dem Ausbau der illegalen Siedlungen auf palästinensischem Boden provoziert Israel nicht nur die USA, sondern auch Europa. Sehen Sie unter diesen Umständen noch Chancen für eine Zweistaatenlösung?
Nein, ich glaube nicht, daß es da Lösungsmöglichkeiten gibt. Ich denke aber auch nicht, daß es nur um die Siedlungen geht, die Israel in der Westbank errichtet. Das Problem besteht meines Erachtens nicht darin, ob Israel baut oder nicht baut, sondern darin, daß es auf israelischer Seite keinen ernsthaften Friedenswillen gibt. Tatsächlich paßt es den Israelis ganz gut, wenn die Frage des Friedens darauf reduziert wird, ob der Siedlungsbau für drei, neun oder elf Monate gestoppt werden soll. Auf diesem Wege kommen wir nicht weiter, das führt zu Frustration, und die endet oft mit Gewalt.

Und welchen Weg sehen Sie?
Ich denke, die gesamte Sichtweise des arabisch-israelischen Konflikts müßte sich ändern. Wir müssen Israel als kolonialistisches Projekt verstehen – nicht nur in der Westbank. Und wir müssen uns fragen, ob wir einen Plan vorlegen können, der die verfassungsmäßige und politische Grundlage so ändert, daß in diesem Land jeder vor dem Gesetz gleich ist und daß jedermanns zivile und humanitäre Rechte respektiert werden. Dafür müßte man das Verständnis von Frieden und Versöhnung grundlegend verändern. Das gesamte Wesen des Staates muß transformiert werden, wenn man vorankommen will. Wenn man es nicht tut, wird der Konflikt endlos weitergehen.

Sehen Sie denn Bereitschaft in Teilen der israelischen Gesellschaft zu solchen Veränderungen?
Nein, die große Mehrheit der israelischen Juden und die Mehrheit der Politiker haben sich mit dem Status quo eingerichtet. Jeder, der etwas zugunsten der Palästinenser verändern will, die letztlich die Opfer sind, tut es gegen den Willen der jüdischen Gesellschaft Israels.

Offenbar ist der Mehrheit der israelischen Bevölkerung bis heute nicht bewußt, daß ihr Staat eine Besatzungsmacht ist. Was kann getan werden, um das zu ändern?
Dieser Analyse stimme ich zu. Es ist nicht so, als könnten die Israelis das nicht wissen – sie wollen es einfach nicht wissen. Ich denke, der einzige Weg, das zu ändern, besteht darin, daß der Westen den Israelis eine klare Botschaft schickt, daß die internationale Gemeinschaft nicht bereit ist, zu akzeptieren, daß die Besatzung weitergeht.

Die Botschaft, die Israel von den politischen Eliten im Westen bekommt, lautet bis heute: Wir stimmen nicht mit euch überein. Es gibt zwar eine Besatzung, aber wenn ihr sagt, es gebe keine, dann tun wir auch nichts dagegen. Nötig wäre ein sehr deutliches Signal von der EU – am besten auch von den USA, was man sich aber schwer vorstellen kann. Das wäre ein wichtiger Schritt nach vorn. Jeder in Europa weiß, daß Israel gegenüber den Palästinensern alle grundlegenden Menschenrechte verletzt: Und trotzdem hört man von den Eliten der EU nie die Forderung nach einem politischen Wandel in Israel.

Viele Deutsche glauben, nur die USA könnten Veränderungen in Israel erreichen. Ist der Eindruck richtig, daß Sie das nicht so sehen?
Eine eigenständige europäische Nahost-Politik würde es den USA sehr schwer machen, ihre bisherige Politik gegenüber Israel fortzusetzen. Wenn Europa eine unabhängige Haltung in der Frage Israel und Palästina einnähme, würde das eine Veränderung der Haltung der USA auslösen.

Das Kairos-Dokument palästinensischer Christen appelliert an die Christen weltweit, Produkte zu boykottieren, die aus den besetzten Gebieten stammen. Ist das ein Schritt in die richtige Richtung? Oder geht er nicht weit genug?
Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jede Botschaft ist wichtig, die sich auf die besetzten Gebiete oder Israel allgemein bezieht und die sagt: Wir, die Bürger, oder wir, die Kirchen, nehmen eine moralische Haltung ein. Wir heben hervor, wer für diese Verhältnisse verantwortlich ist und sagen deshalb, daß wir eure Produkte nicht mehr kaufen. Das ist das einzige, was in Israel Debatten hervorruft. Es ist ein gewaltloser Weg, ich finde ihn außerordentlich positiv.

Ilan Pappe ist israelischer Historiker und Professor an der Universität Exeter in Großbritannien
http://www.jungewelt.de/2010/12-02/028.php

Aus dem Kairos-Dokument:

„Die zivilen Organisationen der Palästinenser, aber auch die internationalen Organisationen, die Nichtregierungsorganisationen wie auch eine Reihe von religiösen Institutionen appellieren an Einzelne, Gesellschaften und Staaten, sich für den Rückzug von Investitionen und für Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und des Handels gegen alle von der Besatzung hergestellten Güter einzusetzen.
Wir sehen darin die Befolgung des Grundsatzes des friedlichen Widerstandes. Diese anwaltschaftlichen Kampagnen müssen mutig vorangetrieben werden und dabei offen und aufrichtig erklären, dass ihr Ziel nicht Rache, sondern die Beseitigung des bestehenden Übels, die Befreiung der Täter und der Opfer des Unrechts ist..“

http://www.oikoumene.org/de/dokumentation/documents/other-ecumenical-bodies/kairos-palaestina-dokument.html

Weitere Stellungnahmen:

Israel: 26 EU-Politiker für scharfe Maßnahmen,

http://derstandard.at/1291454838403/Israel-26-EU-Politiker-fuer-scharfe-Massnahmen -
Originaltext: https://www.d-a-g.de/images/homepage2010/pdf/eminentpersonsgrouplettertoeu.pdf

Beiträge auf der Palästina Solidaritätskonferenz in Stuttgart, 26.-28. November:
http://www.publicsolidarity.de/2010/11/29/pal-astina-solidarit-atskonferenz-in-stuttgart-vom-26-28-november-2010